Freitag, 6. Juni 1924. **Einzelnummer 15 Groschen.** 63. Jahrgang. **Nr. 129.**

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Złoty: bei der Geschäftsstelle . 3.50 bei den Ausgabestellen 3.70 durch Zeitungsboten . 3.80 durch die Post . . . . 3.50 ausschl. Postgebühren ins Ausland 6 Złoty, in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275. Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bewußte oder unbewußte Revolutionäre.

Kritische Bemerkungen zum Agrarreform-Entwurf des Abgeordneten Poniatowski.

Von **Eugen Naumann**, Vorsitzender der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat.

In der „Deutschen Rundschau“, Bromberg, veröffentlicht der Vorsitzende der deutschen Fraktion in Sejm und Senat, Herr Eugen Naumann, einen großen Artikel, der wegen seiner allgemeingültigen Bedeutung und seiner treffenden Beweisführung auch in unserem Blatt Raum finden soll.

Die Schriftleitung.

Revolutionen räumen gewaltsam mit vielem auf, was in der Vergangenheit als Fels gefügt schien: mit geheiligten Begriffen, überkommenen Einrichtungen, Glaubenssätzen und Rechtsanschauungen. Aber dieser scharfe Bruch mit der Vergangenheit bedeutet noch kein Überleiten zu einer besseren Zukunft. Nur wenige der Revolutionshelden sind von dem Glauben erfüllt, an Stelle der morsch gewordenen, alten Weltordnung eine neue, bessere setzen zu können. Die meisten der neuen Führer sind aus der Hefe der Gesellschaft emporgestiegene Gewaltmenschen, die über die Masse herrschen wollen, um sie ihren egoistischen Zielen dienstbar zu machen. Nicht aus weltumspannender, opferbereiter Liebe ist ihr Tun geboren, sondern aus Begehrlichkeit und haßerfülltem Herzen. All' das läßt sich psychologisch verstehen, verstehen auch, daß die niedrigen Instinkte, die den Gang der Revolution bestimmen, unendlich vieles zum Opfer heischen, was der Erhaltung wert gewesen wäre.

So war es nicht zu verwundern, daß in den letzten, schweren Revolutionsstürmen, die über Rußland und die russischen Randstaaten hinwegfegten, auch der uralte Rechtsbegriff, auf dem die europäische Kulturgemeinschaft zum guten Teil aufgebaut war, — der Begriff des Privateigentums — in Stücke barst, und daß er dort, wo er am sichtbarsten in die Erscheinung trat, im Grundeigentum, mit rücksichtsloser Gewalt vernichtet wurde. Die Revolution als organisierter Klassenkampf entriß der besitzenden Oberschicht den Grund und Boden, um ihn an die besitzlose Masse aufzuteilen.

Agrarrevolution.

Rückschauend erkennen die zur Besinnung kommenden Völker mit fortschreitender Wiedererstarkung der staatlichen Ordnung die Schäden des Vernichtungswerkes, und der wieder zur Geltung kommende Einfluß der besonnenen Elemente bringt unter dem Zwange der Staatsnotwendigkeiten die soziale und ökonomische Schichtung der Bevölkerung und mit ihr eine abgestufte Grundbesitzverteilung wieder zur Anerkennung. Aus der Einkehr wird Umkehr; man versucht mühsam, die schlimmsten Schäden der Revolution zu beseitigen. So war es in Lettland, so war es in Estland; die gleiche Rückentwicklung bahnt sich auch in den vereinigten russischen Sowjetrepubliken an. Die Kurve des Weltgeschehens, wenn es aus der Bahn ruhiger Evolution in den Strudel der Revolution gerissen wurde, um dann wieder auf abebbenden Wogen in langsamer Fahrt dahinzugleiten. Wohlbekannte Kapitel, wie sie im Laufe der Weltgeschichte mit nur geringen Varianten immer wiederkehren!

Ist's für den polnischen lebhaften Geist allzu einschläfernde Lektüre? Die Lebenden wollen Sensation, verlangen nach etwas Neuem, noch nie Dagewesenem. Dieses Neue, noch nie Dagewesene ist im Anzuge, wird Wirklichkeit, ist kein Traum: Agrarrevolution mitten aus ruhiger, staatlicher Entwicklung heraus! Herr Poniatowski, der einstige Minister für Land- und Forstwirtschaft, hat sie uns mit seinem von der Sejmmehrheit zur Kommissionsberatung für geeignet befundenen Agrargesetzentwurf als Pfingstgabe beschert. Durch vier Jahre hat sich das von den Siegerstaaten geschaffene Polen nicht ohne Erfolg bemüht, den jungen Staatsorganismus nach innen und außen zu befestigen. Auf allen Gebieten des staatlichen Lebens ist viel aufbauende Arbeit geleistet worden. Zuguterletzt kam als schwerstes Stück die Sanierung der Staatsfinanzen. Sie scheint im wesentlichen geglückt. **Als wichtigste Folgeerscheinung:** wachsendes Vertrauen des Auslandes zur ruhigen Weiterentwicklung des polnischen Staates. Zukunftssicher glaubten wir dem versöhnenden Klange der Pfingstglocken lauschen zu dürfen. Da schallt in den Frieden, der über den frühlingsfrohen Fluren ruht, mißtönend der Poniatowskische

Fanfarenruf zum Klassenkampf!

Ihr Landarbeiter, die Ihr bisher mit Euerem Lohn zufrieden wart, die Ihr Euer gesichertes Auskommen hattet, die Ihr mit Freuden unter Euerem Brotherrn in Feld und Wald schafftet, weil Ihr mit teilhattet an dem, was Scholle und Stall erbrachte, die Ihr um die Versorgung bei Krankheit, um die Betreuung im Alter nicht zu bangen brauchtet: — was soll Euere törichte Zufriedenheit? Ihr könnt es viel, viel besser haben! Das Land Euerer Brotherren soll Euer werden! **Wir können es fast umsonst abgeben: 5 Prozent des Wertes als Anzahlung, und der Rest mit 3½ prozentiger Annuität in 35 Jahren amortisierbar!** Denn die bisherigen Eigentümer sollen nur eine Scheinvergütung erhalten. Ja, von dem, was diese Drohnen im Staatshause bestenfalls etwa als Abgeltung erhalten, müssen sie noch 75 Prozent abgeben, damit auch die Kriegsinvaliden, die über keinerlei Barmittel verfügen, Landstellen erwerben können. Hat sich denn in den Revolutionsstürmen jemand darüber gewundert, wenn den Reichen, den Bourgeois, das Geld weggenommen und an die Armen verteilt wurde? Warum soll das, was dort erlaubt war, heute Verbrechen sein? Greift nur zu! So predigte Herr Poniatowski, der Demagoge.

Sein Agrargesetzentwurf stellt an die Spitze den lapidaren Satz, daß sich die Landwirtschaft in der polnischen Republik auf Bauernstellen aufbauen müsse, und daß alle in privater Hand befindlichen Forst- und Wasserflächen im Interesse des Staates in seine Hand überführt werden müßten. Aus dieser Prämisse wird dann der Schluß gezogen, **daß das gesamte Ackerland, soweit es in Einzelwirtschaften die Größe von 60 Hektar übersteigt, den bisherigen Eigentümern fortgenommen und an die breite Masse der Besitzlosen aufgeteilt wird, und daß der gesamte in privater Hand befindliche Forstbesitz und ebenso alle in Privathand befindlichen Wasserflächen in das Eigentum des Staates übergeführt werden.** Mag der russische Bolschewismus seinen Kampf gegen die besitzende Oberschicht mit etwas anderen Formeln begründet haben: im Effekt soll sich nach den Wünschen des Herrn **Poniatowski und seiner Parteifreunde** jetzt hier ganz dasselbe vollziehen wie dort: eine teils restlose, teils so gut wie restlose Depossedierung einer in einem geordneten Staatswesen unentbehrlichen Bevölkerungsschicht zugunsten der breiten Masse. Bolschewismus in anderem Gewande!

Demagogie an Stelle politischer Führung!

Wie ist es möglich, daß ein ehemaliger polnischer Minister für Forstwirtschaft der Anschauung huldigt, es liege im Interesse des polnischen Staates, den privaten Forstbesitz in staatliche Bewirtschaftung zu nehmen! Wer sich auch nur ein klein wenig in den Wäldern Polens umgesehen hat, der weiß, daß sich der mustergültige Zustand, in dem sich die weitaus meisten Waldungen befinden, gerade auf die hingebende Fürsorge und die durch Geschlechter zurückreichende Erfahrung gründet, mit der sich ihre Besitzer der Forstpflege widmen. Genaue Kenntnis von Boden und Klima, fehlgeschlagene und geglückte Aufforstungsversuche haben gerade den privaten Waldbesitzer befähigt, seinen Wald mustergültig zu bewirtschaften. Der Privatbesitzer sieht in seinem Walde kein Ausbeutungsobjekt, betrachtet ihn nicht in erster Linie als Einnahmequelle, sondern er sieht in ihm ein kostbares Stück Natur, das er möglichst unversehrt seinen Kindern und Kindeskindern erhalten möchte. Wenn in der pfleglichen und schonenden Behandlung der Privatforsten in letzter Zeit ein Wandel zum schlechteren eingetreten ist, so nur infolge der staatlichen Steuerpolitik, die mit der exorbitanten Walddanina einen weit über das normale Maß hinausgehenden Holzeinschlag von den Waldbesitzern verlangte.

Klingt es nicht wie ein Stück aus dem Tollhause, daß, während auf der einen Seite der Staat seinen ausgedehnten Waldbesitz Ausländern zur Ausbeutung freigibt, auf der anderen Seite der private Forstbesitz zwecks besserer Betreuung und Auswertung vom Staate für sich reklamiert wird! Im estnischen Parlament sind kürzlich recht wertvolle Aufschlüsse über das finanzielle Ergebnis der Überführung des privaten Forstbesitzes auf den Staat gegeben worden. Nach den dort gemachten Mitteilungen ist der aus der Verstaatlichung der Wälder erzielte Bruttoertrag nicht höher als der früher in privater Wirtschaft erzielte Nettoertrag! Dabei wurden früher die Wälder durchgehend geschont, während jetzt in weiten Bezirken die gesamten Nutzholzbestände restlos verschwinden. Genau dasselbe würde sich auch hier zeigen. Die rationelle Waldbewirtschaftung durch die Privatbesitzer beruht neben der Liebe des Besitzers zu seinem Walde und neben seiner Erfahrung zum guten Teile auf der rationellen Auswertung der ländlichen Arbeitskräfte, die im Sommer in der Landwirtschaft und in den Wintermonaten in dem zugehörigen Forstbetriebe Verwendung finden. Heute besitzt der Staat in den privaten Waldbesitzern ebensoviele sachkundige und interessierte Forstwirte. Und in Zukunft? Wer soll denn die vielen Hunderttausende von Hektaren enteigneter Forsten betreuen? Schon heute ist die Zahl der forstlich vorgebildeten Fachkräfte im Staatsdienste so klein, daß wohl oder übel noch deutschstämmige (!!) Forstbeamte geduldet werden, und daß Försterstellen mit Waldbeläufern und Klaftermeistern haben besetzt werden müssen. **Aber all das sind für Herrn Poniatowski und seine Freunde nur Bagatellen: her mit dem Walde, her mit dem Wasser! das übrige wird sich schon finden.**

Katastrophaler noch als die Anforderung der privaten Wald- und Wasserflächen für den Staat erscheint im Poniatowskischen Agrargesetzentwurf **die Reduzierung sämtlicher landwirtschaftlichen Mittel- und Großbetriebe auf den Einheitsumfang von 60 Hektar.** Denn während durch die beabsichtigte Enteignung der privaten Wald- und Wasserflächen nur mehrere hundert Einzelexistenzen betroffen werden, wendet sich die weitergreifende zweite Maßnahme gegen Tausende von wirtschaftlichen Existenzen, und zwar in einer Schärfe, die der Existenzvernichtung verzweifelt nahekommt. Fast schlimmer aber, als die soziale Auswirkung der beabsichtigten Maßnahme erscheint ihre Rückwirkung auf die gesamte Staatswirtschaft. Man braucht nicht gerade Volkswirtschaft studiert zu haben, braucht sich auch nicht mit heißem Kopfe in die Tabellen der Wirtschaftsstatistik zu vertiefen, um zu wissen, daß die Versorgung der Großstädte mit den Hauptnahrungsmitteln — Brotgetreide und Kartoffeln — nicht durch die bäuerlichen Betriebe, sondern durch die mittleren und Großbetriebe gewährleistet wird. Ebenso weiß jeder ABC-Schütze, daß der Export landwirtschaftlicher Produkte — Getreide, Mehl und Kleie, Kartoffeln, Spiritus, Stärke und Kartoffelflocken, Zucker, Melasse und Trockenschnitzel —, dem wir eine aktive Handelsbilanz und damit die Grundlage zu wirtschaftlichem Aufstieg danken, fast ausschließlich der Überschußproduktion der mittleren und Großbetriebe gutgeschrieben werden muß. Endlich sollte sich doch gerade Herr Poniatowski von der Wyzwolenie-Partei daran erinnern, daß die gesamte Steuergesetzgebung der letzten Monate beherrscht wurde von dem Gedanken, den kleinbäuerlichen Besitz bis zur völligen Steuerbefreiung zu entlasten, den größeren Besitz aber mit wachsendem Umfang in geradezu sprunghafter Progression steuerlich zu beschweren. Man würde doch wohl die Propagandisten dieser Steuerpolitik in ihrer parlamentarischen Ehre verletzen, wollte man ihre Haltung auf wahltaktische Erwägungen zurückführen. Maßgebend für die differenzielle Einschätzung der verschiedenen Besitzgrößen war bei jenen Parlamentariern die Auffassung, daß in der Tat der mittlere und Großbetrieb gegenüber dem Kleinbetriebe als der durchaus leistungsfähigere angesprochen werden müsse. An einen Abbau der Steuern darf aber heute nicht gedacht werden; ja, bei dem ungeminderten staatlichen Finanzbedarf und bei der schweren wirtschaftlichen Krise, in der sich unsere Industrie befindet, werden nach wie vor die landwirtschaftlichen Mittel- und Großbetriebe als die Hauptsteuerquellen zu gelten haben. **Es würde also eine Gefährdung der gesamten Staatswirtschaft und eine schwere Erschütterung des kaum hergestellten Gleichgewichts im Staatshaushalt bedeuten, wollte man ernsthaft eine Vernichtung der steuerkräftigsten Elemente in der Landwirtschaft ins Auge fassen.**

Daß der Poniatowskische Entwurf mit seiner radikalen Reduzierung sämtlicher Wirtschaftseinheiten auf den Umfang von nur 60 Hektar zur

Vernichtung ganzer landwirtschaftlicher Produktionszweige

und damit zu der denkbar schwersten Schädigung des Staatsganzen führen würde, braucht eigentlich kaum gesagt zu werden. Mit einem Worte nur sei der Tatsache gedacht, daß die Schafhaltung und Schafzucht die spezielle Domäne der landwirtschaftlichen Großbetriebe ist. Auf Bauernwirtschaften läßt sich keine Schafzucht treiben. Der Bauer kann bestenfalls schlecht und recht ein paar Schafe für seinen Eigenbedarf halten; wirkliche Schafzucht, d. h. Haltung von Schafen zur systematischen Gewinnung größtmöglicher Mengen feiner und feinster Wolle ist nur denkbar in Schäfereien, die mit Hunderten von planmäßig gezüchteten Muttertieren besetzt sind; die aber lassen sich eben nur in landwirtschaftlichen Großbetrieben einrichten. Ist noch ein Wort darüber zu verlieren, daß im Interesse unserer bedeutenden Textilindustrie die Wollgewinnung im Inlande auf jede nur mögliche Weise gefördert werden müßte?

Wie es sich der Herr Antragsteller denkt, die übrigen speziellen Leistungen der Großbetriebe und ihrer Leiter — den intensiven Rübenbau nebst dem Betriebe der Zuckerfabriken, den Betrieb und die Belieferung der landwirtschaftlichen Brennereien, Stärkefabriken und Flockenanlagen, dann insbesondere die Züchtung von hochwertigem Saatgut in die Hände einer Vielzahl neu angesiedelter Bauern (alias Gutsarbeiter und Kriegsinvaliden) zu legen, ist schlechterdings unerfindlich. Jahre wird es dauern, bis die nach und nach seßhaft gemachten Neulinge ihre frisch einzurichtenden Wirtschaften auf das Niveau eines erträglichen Durchschnitts bringen, und vielleicht Jahrzehnte, ehe sie sich in ihren wirtschaftlichen Zielen zueinander finden.

Weiter: was soll aus dem Tiefkulturgerät der bisherigen Großbetriebe, aus den Getreidesortier- und Reinigungsanlagen, aus den elektrischen Installationen, aus den Feldbahnen werden, alles Einrichtungen, die gerade die Steigerung der Bodenrente im Großbetriebe sehr wesentlich mitbestimmen, die sich aber auf eine Vielheit von kleinen Wirtschaften schlechterdings nicht umlegen lassen.

Es heißt also: sehenden Auges Milliardenwerte vernichten,

sofern man sich den Poniatowskischen Entwurf zu eigen macht. Dem Vater des Entwurfs scheinen alle jene Milliardenwerte recht leicht zu wiegen, denn als Entschädigung für die Depossedierten sieht er nur den Betrag vor, nach dem die landwirtschaftlichen Betriebe auf Grund des rohen, seinerzeit vom Ministerrat verfügten Modus zur Vermögensabgabe eingeschätzt wurden. Jedermann weiß, daß der die Qualitätsunterschiede der einzelnen Wirtschaften kaum berücksichtigende Schätzungsmodus, — genau übrigens wie beim beweglichen Vermögen —, überhaupt nur eine Bewertung vorsah, die kaum an den vierten Teil des Vorkriegswertes — also nur an einen Bruchteil des investierten Goldwertes — heranreichte. Von diesem Minimalbetrag — der als momentane Steuerunterlage einen Sinn hatte, als Wertmesser für die Abfindung des Depossedierten aber überhaupt nicht in Betracht kommen kann, weil nach den Rechtsbegriffen eines Kulturstaates, der den Schutz des Privateigentums zu seinen vornehmsten Aufgaben zählt, ein Villenbesitzer nicht genötigt werden darf, seine Villa für einen Krückstock herzugeben: — Von diesem Minimalbetrage gehen nun aber noch die dem Depossedierten auf seinem Restgrundstück verbleibenden Gebäudewerte ab. Da nun in der Regel der eine geschlossene Einheit bildende Haupthof mit den wertvollsten Gebäuden dem Depossedierten verbleiben wird, muß er sich die Herunterrechnung fast des gesamten Gebäudekapitals gefallen lassen, das nach dem Feuerversicherungswerte oft an die Steuerbewertung des gesamten Besitzes heranreicht. Weiter geht ab der Betrag, der zur Abfindung der Hypothekengläubiger zurückbehalten wird. **Und schließlich — kaum mehr verhüllter Bolschewismus — muß der also in seinem Eigentumsrecht Geschmälerte noch bis zu 75 Prozent = ¾ der ihm zustehenden Abgeltung zur Dotierung eines Fonds hergeben, aus dem die Kriegsinvaliden Kapitalien zum Erwerbe von Siedlerparzellen erhalten sollen!**

Diese Invaliden sind in dem Poniatowskischen Entwurf an zweiter Stelle als Anwärter für die auszugebenden Landparzellen genannt. An erster Stelle figurieren die bisher auf dem parzellierten Gute beschäftigten Arbeiter und Funktionäre. Natürlich. Denn wo sollen sie nach Aufteilung des Gutes bleiben? In den Städten und in den übrigen ländlichen Ortschaften fehlt es sowohl an Wohnstätten wie an Arbeitsgelegenheit. Und selbst wenn ein Großgrundbesitzer die eine oder andere der frei werdenden Arbeiterfamilien bei sich aufnehmen und beschäftigen könnte: er darf es gar nicht wagen, seinen Arbeiterstamm zu verstärken; denn morgen schon kann auch ihn die Depossedierung ereilen, die heute seinen Nachbar getroffen hat! Nun sind aber auf einem größeren Gute genau so viele Arbeiter-, Handwerker- und Angestelltenfamilien beschäftigt, wie nach der Aufteilung in selbständige Bauernstellen als deren Übernehmer auf demselben Areal Platz finden. Das Schlußergebnis wäre also, daß im wesentlichen der heutige Landarbeiter die Siedlerstellen belegt. **Der aber trachtet — wenn man nicht künstlich die Begehrlichkeit nach fremdem Gut in ihm weckt — gar nicht danach, seine bisherige, sorgenfreie Position mit der Rolle des Bauern zu vertauschen.** Auch in fremdem Betriebe besitzt er das beste, was ihm das Leben geben kann — die Freude am Schaffen auf ländlichem Grunde, die stete Verbundenheit mit der Gottesnatur. Er weiß sich nicht nur Eigentümer der ihm gehörenden Kühe, Schweine und Hühner, sondern er darf sich auch als Herr über die ihm anvertraute Schafherde, über die seiner Betreuung übergebene Fohlenkoppel, über Feld und Hof fühlen, ohne mit dem, den der Besitztitel als Herrn des Grund und Bodens ausweist, die Sorge um das Morgen teilen zu müssen. Heute ist jeder Arbeiter Meister in seinem Fache, zur selbständigen Verwaltung eines Bauernhofes berufen, bleibt er auf Jahre und Jahrzehnte hinaus ein schwer ringender, seiner Arbeit nicht froh werdender Stümper.

Der Aristokrat des Arbeiterstandes steigt hinab ins Bauernproletariat!

Und während der Zwang der Verhältnisse zur Schaffung eines solchen Bauernproletariats nötigt, geht der Nachwuchs des alteingesessenen Bauernstandes leer aus. Die Agrarreform, angeblich inauguriert zur Befriedigung des Landhungers der Bauernschaft, erweist sich somit in ihrem wesentlichen Kern als Bluff!

Will man in der Tat Bauernland schaffen, so muß die Siedlung ganz allmählich vor sich gehen, in einem Tempo und

in einem Umfange, bei dem die beschäftigungslos werdende Arbeiterschaft in dem in angemessenem Umfange erhaltenen Großbetriebe oder in anderen unangetastet bleibenden Nachbarbetrieben Unterkunft findet, so daß das frei gemachte Siedlungsland wirklich für die Bauernsöhne verfügbar bleibt. Eine Siedlung von 1000 Bauern pro Jahr bedeutet schon ein Siedlungsprogramm, das sich sehen lassen kann. Bekanntlich war die preußische Ansiedlungskommission, die über einen großen Stab bestgeschulter Fachkräfte verfügte — Verwaltungsbeamte, Juristen, Geometer, Hoch- und Tiefbautechniker —, erst nach vieljähriger Erfahrung auf den Jahresstandard von etwa 1000 Siedlern gelangt. Auf Jahrzehnte hinaus würden sich aber je 1000 neue Bauernstellen jährlich schaffen lassen, wenn in erster Linie der gesamte Staatsbesitz und dann nach und nach, bei den größten Latifundien beginnend, bis zur Hälfte der Fläche und dann abwärts gestaffelt bei den Wirtschaften von über 250 bis zu 500 Hektar etwa ein Zehntel ihres Areals zu Siedlungszwecken angefordert würde. Bei dieser Art der Beschaffung des Siedlungslandes würde das Wirtschaftsleben vor allzu schweren Erschütterungen bewahrt bleiben, und es würden nicht Tausende wertvoller Existenzen leichtfertig vernichtet werden!

Eine Existenzvernichtung ist es aber, wenn den Depossedierten nur Restgüter von 60 Hektar belassen werden. Besitzungen von einem derartigen Typ sind die allerunwirtschaftlichsten Gebilde. Ihr Zuschnitt — herrschaftliches Wohnhaus, Park usw. — bedingt Unterhaltungsaufwendungen, die aus den Erträgen so kleiner Wirtschaftseinheiten nicht bestritten werden können. Hinzukommt, daß die soziale Eingruppierung des Besitzers und seiner Familienangehörigen die in der Bauernwirtschaft notwendige manuelle Mitbetätigung aller Glieder der Besitzerfamilie verbietet. Andererseits ist eine Wirtschaft von 60 Hektar Größe zu klein, als daß in ihr die maschinellen Einrichtungen des Großbetriebes auch nur einigermaßen ausgenutzt werden könnten. Es wird also darauf hinauskommen, die Restsituationen als unproduktive Sinekuren für Kriegsgewinnler bereitzuhalten. Die bisherigen Eigentümer der unaufgeteilten Güter dürften schwerlich in der Lage sein, sich auf den Restsituationen zu halten. Denn das Zinseinkommen der Abgeltung, die ihnen nach allen Abzügen schließlich für die abgenommenen Ländereien zugesprochen wird, ist so minimal, daß daraus die Gebühren nicht bestritten werden können, die die Bewirtschaftung der Restsituation Jahr um Jahr erfordert. Die Abgeltung soll nämlich nach den Poniatowskischen Vorschlägen in auslosbaren 3prozentigen Rentenbriefen erfolgen! An welcher Börse wird bei den heutigen Zinssätzen ein Liebhaber für ein 3prozentiges Papier zu finden sein? Ein Verkauf der Papiere wäre unter allen Umständen mit den allererheblichsten Kursverlusten verbunden. Der Depossedierte muß sich also die ihm ausgehändigten Rentenbriefe im Nennwerte von 20 000 oder 30 000 Złoty in den Geldschrank legen, und er muß sich damit zufrieden geben, daß er für dieses Kapital jährlich 600 bis 900 Złoty Zinsen erhält. Da derartige Zinseinkünfte in keiner Weise dazu hinreichen, die Zubußen bei der Bewirtschaftung von Restsituationen auszugleichen, wird das Gros der Depossedierten gezwungen sein, sich freiwillig auch von den ihnen verbliebenen Restgütern zu trennen. Es handelt sich also wortwörtlich um die Vernichtung einer nach Tausenden zählenden Gruppe von Staatsbürgern, deren Erhaltung, ob vom sozialen, wirtschaftlichen oder steuerpolitischen Standpunkte aus gesehen, im dringendsten staatlichen Interesse liegt.

Aber wir dürfen wohl nicht damit rechnen, daß sich heute noch der Sinn für die Staatsnotwendigkeiten erfolgreich durchsetzt. Denn die Vorschläge Poniatowskis rufen naturgemäß die Leute um Witos auf den Plan, die der breiten Masse ihrer Wähler nicht weniger bieten wollen, wie die Wyzwolenie-Leute. So wird schließlich auch die Regierung trotz ihrer besseren Einsicht mit auf den Weg ins Chaos gerissen.

Die Agrarrevolution scheint in unmittelbare Nähe gerückt!

Die exorbitanten Steueranforderungen der letzten Monate waren ihre untrüglichen Vorboten. Die verschiedenen Revolutionswellen im bolschewistischen Rußland zeigten die gleiche Struktur: Erst gewaltige Kontributionen, zu deren Erlegung die Tributpflichtigen die letzten Reserven heranholten; und kaum war unter schwersten Opfern die Kontribution erlegt, da wurde die Enteignung der geschröpften Betriebe dekretiert. Auch das war ja vorbildlich in der Ära des russischen Bolschewismus, daß all ihr Wüten gegen den Besitz und die überkommene Gesellschaftsordnung von der gesetzgebenden Körperschaft — der Duma — sanktioniert und mit rechtlichem Aufputz versehen wurde. Hier begann's damit, daß alle Mittel recht waren, den Angehörigen der völkischen Minderheiten ihre Rechte zu bestreiten: ihr Staatsbürgerrecht und Vereinsrecht, ihre Schulen und Kirchen, ihr Grundvermögen und ihren beweglichen Besitz. Jetzt wendet sich die gesteigerte Begehrlichkeit der Masse und ihrer Führer schon gegen das eigene Volkstum. Ob sich wohl die Herren Poniatowski und Genossen der Tragweite ihres Handelns voll bewußt sind, oder sind sie unbewußte Revolutionäre?

Ruderverein „Germania" vor dem Sejm.

Interpellation

der Abgg. Klinke, Graebe und Koll. an den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Minister des Innern betreffend Liquidation des Rudervereins „Germania" in Posen.

Der Posener Ruderverein „Germania", Tow. zap., ist ein Verein, dessen Entstehung auf das Jahr 1894 zurückgeht. Er ist in seiner jetzigen Zusammensetzung vor 22 Jahren aus zwei Vereinen entstanden. Zweck des Vereins war, „lediglich" rudersportliche Betätigung und Pflege des geselligen Lebens innerhalb der Vereinsmitglieder. Das Ziel zu weitgehender rudersportlicher Betätigung hat der Verein eifrig und erfolgreich verfolgt. Im Jahre 1910 gelang es ihm durch die Opferwilligkeit seiner Mitglieder, ein massives Bootshaus auf dem östlichen Ufer der Warthe zu errichten. Das Bootsmaterial ist im Laufe der Jahre mehr und mehr vermehrt und verbessert worden. Am 19. Februar 1920 wurde auf Antrag des Liquidationsamtes vom Ministerium des ehemals preußischen Teilgebiets erst die Zwangsaufsicht, später die Zwangsverwaltung angeordnet. Die Zwangsverwaltung verhinderte seinerzeit die Benutzung des Bootshauses, ließ dann später aber auf mehrfache Beschwerde hin die Benutzung wenigstens der Boote durch Vereinsmitglieder zu. Die seinerzeit vom Vorstand unternommenen Schritte blieben, obwohl jede Rechtsgrundlage für die Zwangsverwaltung fehlte, zunächst erfolglos.

Eine Rechtsgrundlage für die Zwangsverwaltung, die eine Vorbereitung der Liquidation des Vereinsvermögens darstellen sollte, fehlte insofern, als 1. der Verein selber als juristische Person seit dem Jahre 1894 in Posen besteht, 2. sein gesamter Vorstand am 10. Januar 1920 durch Inkrafttreten des Friedensvertrages die polnische Staatsangehörigkeit erworben hat, 3. ebenso fast sämtliche Mitglieder des Vereins polnische Staatsangehörige wurden. Bei Verhandlungen, die der Vorstand des Vereins seinerzeit mit dem Leiter des Liquidationsamtes und dem Zwangsverwalter geführt hat, ist auch das Fehlen einer Rechtsgrundlage zugestanden worden. Dem Verein ist aber erklärt worden, daß die Rechtsgründe für die Anordnung der Zwangsverwaltung keine ausschlaggebende Rolle spielen, daß der Zweck der Zwangsverwaltung vielmehr der sei, den Ruderverein zu zwingen, polnisch sprechende Mitglieder aufzunehmen. Der Zwangsverwalter hat das in der Weise klar zum Ausdruck gebracht, daß er dem Vorstand des Vereins zusicherte, die Zwangsverwaltung würde sofort aufgehoben werden, wenn der Verein einige 30 Mitglieder seines Ruderklubs aufnehme. Zur Erläuterung dieses Verlangens sei bemerkt, daß der vom Liquidationsamt eingesetzte Zwangsverwalter selbst Beamter des Liquidationsamtes, außerdem aber Vorstandsmitglied eines hiesigen polnischen Ruderklubs war.

Ein solcher Zwang zur Aufnahme polnischer Mitglieder widerspricht dem in der ganzen Welt anerkannten Rechte zur freien Vereinsbildung, welches Recht der deutschen Minderheitsbevölkerung in Polen außerdem noch ausdrücklich durch den Staatsvertrag vom 28. Juni 1919 zugesichert worden ist.

Nach den Satzungen nimmt der Ruderverein jeden auf, der den formellen, in den Satzungen vorgeschriebenen Ansprüchen genügt. Er würde natürlich auch polnische Mitglieder aufnehmen, wenn sie diesen Ansprüchen, nämlich: a) Empfehlung durch zwei bisherige Mitglieder und b) persönlicher Verkehr im Verein von gewisser Dauer, genügen, und hat tatsächlich bereits solche Mitglieder aufgenommen. Die Aufnahme findet durch die Mitgliederversammlung statt, die sich bei ihrer Abstimmung hauptsächlich durch Rücksichten auf den gesellschaftlichen Verkehr mit den Aufzunehmenden leiten läßt. Rücksichten auf die politische Stellung der Aufzunehmenden werden hierbei niemals genommen, weil Politik überhaupt dem Verein vollkommen fern liegt und er sich um die politische Stellung weder seiner bisherigen noch die aufzunehmenden Mitglieder kümmert. Wenn von dem Verein verlangt wird, wie es der Zwangsverwalter getan hatte, er solle zur Aufnahme polnischer Mitglieder Stellung nehmen, so wird dadurch der Verein zu einer politischen Erklärung gezwungen, die er satzungsgemäß nicht abgeben kann.

Wenn das Liquidationsamt aber durch die Zwangsverwaltung versuchte, bei der Mitgliederaufnahme einen Zwang auf den Verein auszuüben — und dies war zugestandenermaßen seine Absicht —, so verstieß dies gegen die Rechtsgrundsätze, denen sich die Republik Polen unterworfen hat.

Auf die Dauer aber sah die Behörde sich nicht in der Lage, entgegen allen Rechtsbestimmungen, ihre Zwangsmaßnahmen aufrecht zu erhalten und die Zwangsverwaltung wurde aufgehoben, der Verein in seiner Tätigkeit nicht mehr behindert.

Seit einigen Monaten jedoch wurde mehr und mehr das Bemühen der Behörde erkennbar, sich Rechtstitel für ein Vorgehen gegen den Verein zu beschaffen. Es fanden mehrfach protokollarische Vernehmungen des Vereinsvorsitzenden durch die polnische Behörde statt, man verlangte Auskünfte, welche der Vorsitzende nicht geben konnte, und versuchte diese Auskünfte durch Androhung einer Strafe, also auf durchaus ungerechte Weise zu erzwingen.

Am 20. März erschien eine Persönlichkeit, die sich durch das in Abschrift beigefügte Schreiben des Liquidationsamtes auswies, beim Schriftführer des Vereins, ersuchte um Herausgabe sämtlicher Protokollbücher und sämtlicher Akten des Vereins und unterzog alle Akten unter Assistenz einer zweiten Persönlichkeit einer Durchsicht.

Ende April wurde dem Verein der in Abschrift beigefügte Beschluß des Liquidationsamtes zugestellt, welcher Beschluß auch am 22. April d. Js. im „Monitor Polski" veröffentlicht worden ist. Der Verein, vertreten durch den Rechtsanwalt Borowicz-Poznań, hat beim Liquidationskomitee gegen den Beschluß sofort Einspruch erhoben, bisher ohne Erfolg. Es ist offensichtlich, daß der Liquidationsbeschluß ganz unbegründet ist, wenn im Jahre 1920 die Behörde schließlich zugestanden hat, daß ein Grund zur Liquidation des Vereinsvermögens nicht vorliegt; so hat sich die Sachlage bisher nicht verändern können. Es ist unmöglich, daß seit dem Jahre 1920 Gründe für die Liquidation des Vereinsvermögens entstanden sein könnten. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß der Verein aus polnischen Staatsbürgern, meist deutscher Zunge besteht, daß der Vorstand des Vereins am 10. Januar 1920 und seit diesem Zeitpunkt ausschließlich aus polnischen Staatsbürgern bestanden hat, daß das gesamte im Besitze des Vereins befindliche Vermögen dessen ausschließliches Eigentum ist und schließlich, daß der Verein von keiner reichsdeutschen Stelle kontrolliert war oder kontrolliert ist.

Es liegt auf der Hand und gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß auf Betreiben von Interessenten das Liquidationskomitee die Angelegenheit aufgenommen hat, um zum zweiten Male den Versuch zu machen, auf ungesetzmäßige Weise dem Verein sein Vermögen zu nehmen und damit den Verein selbst der Auflösung preiszugeben.

Es muß zudem besonders darauf hingewiesen werden, daß die Frist zum freihändigen Verkauf entgegen allen bisherigen Gepflogenheiten des Liquidationsamtes auf die kürzeste Frist, die nach dem Liquidationsgesetz möglich ist, beschränkt worden ist, um einen besonderen Druck auf den Verein auszuüben und durch diesen Druck die fehlenden Rechtsmittel zu ersetzen. Es muß weiter darauf hingewiesen werden, daß durch den Beschluß des Liquidationskomitees ein in Frage kommender Käuferkreis von vornherein derart eingeengt ist, daß selbst, wenn der Verein die Absicht hätte, sein Vermögen zu veräußern, er in seinen Entschließungen nicht frei wäre.

Am 12. Mai 1924 ist ein Herr Witold Weichmann in Posen mit der Zwangsverwaltung über den Verein betraut worden. Abschrift des Beschlusses fügen wir bei.

Diese Liquidation und Einsetzung einer Zwangsaufsicht stellt eine unverständliche und harte Bedrückung eines harmlosen deutschen Sportvereins dar und ist eine jener vielen neuen vollendeten Tatsachen, mit denen polnische Bürger deutscher Zunge unrechtmäßigerweise ihres Eigentums beraubt werden.

Wir fragen daher den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Innenminister an:

1. ob ihnen das rigorose und ungesetzmäßige Vorgehen des Liquidationsamtes in Posen gegen polnische Staatsbürger bekannt ist,
2. ob sie geneigt sind, diese den polnischen Staat im In- und Auslande schädigende Tätigkeit des Posener Liquidationsamtes alsbald zu verbieten,
3. die für das ungesetzmäßige Vorgehen verantwortlichen Beamten zu bestrafen und
4. die Geschädigten, insbesondere den Sportverein „Germania" in Posen, in seine Rechte einzusetzen.

Warschau, den 3. Juni 1924.

Die Interpellanten.

Versorgung der Kriegerwitwen.

Interpellation

der Abgg. Graebe und Gen. von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend unzureichende Rentenzahlung an Kriegerwitwen und -waisen.

Es sind in der Auszahlung der Renten für Kriegerwitwen und -waisen große Unstimmigkeiten. Die einen erhalten ihre Rente ganz regelmäßig und in der gesetzlichen Höhe, während andere durch keinen Antrag und noch so viele Schreibereien etwas bislang erreicht haben. Die Izba Skarbowa in Posen, Oddział Emerytur i Rent, antwortet in den seltensten Fällen; Anträge, die bei einer anderen Behörde abgegeben worden sind, scheinen nicht weitergeleitet worden zu sein. Es ist auch keine Antwort von diesen Ämtern eingegangen, auch wo Stempelmarken und Rückporto beigefügt waren.

Als Beispiel führe ich folgendes an: Die jetzige Frau Nellaß in Miasteczko-Abbau, Kreis Wirsitz, war in erster Ehe mit einem Landwirt Gustav Hinz verheiratet. Ihr Mann fiel. Sie bezieht Rente für ihre drei Kinder aus erster Ehe bislang in Höhe von 3000 Mark pro Monat. Ihre Stammkartennummer ist H. 7106. Wie kommt es, daß noch jetzt ein so lächerlicher Betrag gezahlt wird? Die Staatsangehörigkeit ihres früheren Mannes ist zweifelsfrei die polnische, die des jetzigen kommt nicht in Betracht.

Die Kriegswitwen Elisabeth Ruhnke, Stammkarte Nr. 8409, Franziska Wollschläger, Stammkarte Nr. 40 443, Anastasia Schreiber, Stammkarte Nr. 2725, Hedwig Theil, Stammkarte Nr. 1209, Katharina Schreiber, Stammkarte Nr. 40 726, Anna Otto, Stammkarte Nr. 30 477, sämtlich aus Dąbrówko, Kreis Sępólno, erhalten für sich jede den völlig unzureichenden Betrag von 26 000 Mk., für jedes Kind unter 15 Jahren 17 000 Mk., während andere Witwen in demselben Orte schon seit April d. Js. erheblich mehr, etwa das Tausendfache, also rund 170 000 000 Mk. erhalten.

Frau Ida Mögling in Dworzakowo, Kreis Wirsitz, hat ihren Mann im Felde verloren und bezieht noch immer für sich und zwei Kinder unter 15 Jahren monatlich 5000 Mark, während sie die Urkunden besessen hat, daß für ihre sämtlichen Kinder bis zu 18 Jahren gesorgt werden sollte. Die Papiere sind vor Jahresfrist nach Posen eingereicht. Bislang ist sie ohne Antwort. Was soll sie mit 5000 Mark?

Die Kriegswitwe Ottilie Klemp aus Wodek, Karte Nr. H. 8530, hat bis zum 1. 6. 23 durch das Postamt Ostek, Kreis Inowrocław, 6000 Mark monatlich ausgezahlt erhalten für sich und ihre Kinder. Seitdem hat jede Zahlung aufgehört. Wie ist das zu erklären?

Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren.

Die Versorgung der Kriegswitwen und -waisen hat der polnische Staat übernommen. Diese Leute haben also gesetzlichen Anspruch auf angemessene Rente.

Wir fragen daher den Herrn Ministerpräsidenten an:

1. Sind ihm diese Zustände bekannt?
2. Was gedenkt er zu tun, um die Mißstände schleunigst zu beseitigen und eine regelmäßige und gesetzmäßige Rente den Kriegswitwen und -waisen zu verschaffen?
3. Ist er bereit, Anweisung zu geben, daß diesen Kriegswitwen und -waisen ein nennenswerter Vorschuß auf ihre Bezüge sofort gezahlt wird, damit wenigstens der augenblicklichen größten Not gesteuert wird?

Warschau, den 3. Juni 1924. Die Interpellanten.

Von der Starostei in Konitz.

Interpellation

des Abg. Graebe und Koll. von der Deutschen Vereinigung im Sejm und anderer Abgg. an den Herrn Minister des Innern betr. Verweigerung von Grenzübertrittsscheinen an die evangelischen Bewohner von Konarzyn, Kreis Konitz.

Der Ort Konarzyn, Kr. Konitz, an der westlichen Grenze des polnischen Staates zählt eine große Menge von evangelisch-polnischen Staatsangehörigen. Diese evang. Christen sind darauf angewiesen, die 3 Kilometer von Konarzyn auf deutschem Gebiet befindliche evang. Kirche zu benutzen, da die nächste evang. Kirche auf polnischem Gebiet von Konarzyn 24 Kilometer entfernt ist, also für die Leute nicht zu erreichen ist. Diesen Leuten wird nun die Aushändigung von Grenzübertrittsscheinen von der Starostei verweigert, so daß sie die nahe gelegene evang. Kirche auf deutschem Gebiet nicht besuchen können. Der Zweck der Einführung von Grenzübertrittsscheinen war zum Teil der, daß der Besuch der Kirchen den Gläubigen durch diese Maßnahme nach Möglichkeit erleichtert werden sollte. Es ist auch hervorzuheben, daß die polnische katholische Bevölkerung aus dem deutschen Grenzgebiet ohne Schwierigkeiten Grenzübertrittsscheine zum Besuche der auf polnischem Gebiet gelegenen katholischen Kirche erhält und diese infolge dessen wöchentlich ungehindert besuchen kann. Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen beide Staaten ein Interesse haben, ihre Staatsangehörigen gleichmäßig zu behandeln.

Wir fragen daher den Minister des Innern an:

1. Sind ihm die Maßnahmen der Starostei in Konitz gegenüber den evangelischen Bewohnern von Konarzyn bekannt?
2. Was gedenkt er zu tun, um diesen offensichtlichen Mißstand baldigst abzustellen?

Warschau, den 3. Juni 1924. Die Interpellanten.

Um die annullierten Ansiedler.

Verhandlungen in Warschau.

Aus Warschau wird der „Deutschen Rundschau" geschrieben: Im Zusammenhang mit der Ankunft der Delegierten der Dreierkommission des Völkerbundrates in der Frage der Entschädigungen für die deutschen Ansiedler, denen die polnische Regierung die Siedlungen fortgenommen hat, erfahren wir, daß der Herr Philimoore im Außenministerium mit Fachleuten in dieser Angelegenheit Verhandlungen führt. An den Verhandlungen wird ein Vertreter des Ministeriums für Agrarreform teilnehmen. Der ursprüngliche Vorschlag einer Pauschalentschädigung wurde fallen gelassen (!). Das Ministerium für Agrarreform nimmt den Standpunkt ein, daß die Ansiedlungen jede einzeln abgeschätzt werden sollen. Am 2. Juni d. Js. soll eine zweite Konferenz stattfinden, in der dieser Standpunkt des Agrarreformministeriums geprüft werden sollen. An dieser Konferenz sollen die Direktoren der Bezirkslandämter (Okręgowy Urząd Ziemski) in Posen und Graudenz teilnehmen und maßgebendes Orientierungsmaterial vorlegen.

Daß die Abgeltung der Ansiedler durch eine Pauschalsumme aufgegeben wurde, dürfte nicht richtig sein. Die Delegation des Völkerbundrates ist lediglich eine Untersuchungskommission; sie kann die Beschlüsse der Dreierkommission auch nicht auf den Wunsch der polnischen Regierung abändern. Die Dreierkommission hatte sich nur deshalb für eine Pauschalsumme entschieden, weil sie befürchtete, daß sich die Einzelentschädigung jahrelang hinziehen würde. Diese Besorgnis behält nach wie vor ihre Geltung.

Das Aschenbrödel in Polen.

Einseitigkeit bringt uns nicht weiter!

In einem Artikel des Krakauer „Czas", der die Überschrift „Finanzsanierung und Außenpolitik" trägt, lesen wir die folgenden bemerkenswerten Ausführungen:

„Die Auslandspolitik ist in Polen schon von ihren Anfängen an als Aschenbrödel behandelt worden, und man hat ihr verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Niemals ist diese Wahrheit so grell zutage getreten wie in den letzten Monaten. Die allgemeine Aufmerksamkeit wurde durch die Finanzsanierung in Anspruch genommen, denn es schien, daß ohne ihre schnelle Durchführung Polen in ein Chaos von Unruhen und Anarchie zerfallen würde. Was auf anderen Gebieten unserer Verwaltung geschieht, begann man als eine durchaus untergeordnete Sache zu betrachten, und die Außenpolitik stellte man ganz ans Ende. Es entstand sogar die Meinung, die auch die Regierung teilte, daß, so lange das Sanierungswerk im Gange sei, so lange dürfe man nicht durch das Aufwerfen und die Erledigung irgend einer außenpolitischen Frage das Werk erschweren, denn diese Fragen sind so ungemein schwierig, rufen Zwiespalt hervor und wecken die Parteifehde, — das Sanierungswerk aber erfordert Anspannung aller Kräfte nach einer Richtung und Beiseitestellung jeglicher Fehde. Augenscheinlich hat man vollkommen zielbewußt, vom Januar an eine Zeit der Stockung und der Passivität in unserer Außenpolitik herbeigeführt, die übrigens nie übermäßig aktiv gewesen ist.

Die wichtigsten, dringenden Fragen schob man absichtlich beiseite, wenn man so einen trivialen Ausdruck gebrauchen darf. Es genügt, daran zu erinnern, mit welcher Gleichgültigkeit man die Jaworzyna- oder Memelfrage behandelte. Unsere Regierung nahm sich zwar der Frage der nationalen Minderheiten aktiv an, einer Frage von unerhört hoher diplomatischer Bedeutung. Aber — wie das immer augenscheinlicher wird — nur deswegen, um glauben zu machen, daß etwas geschehe, nicht deswegen, um sie wirklich weiter zu bringen. Und doch ist gerade diese Frage vielleicht wie keine andere dazu angetan

den göttlichen Frieden zu zerstören und die zum Sanierungswerke nötige Ruhe zu erschweren.

An die Spitze des Außenministeriums hat man endlich eine von vielen Gesichtspunkten aus schätzungswerte Persönlichkeit hingestellt, die aber unter ihren Fähigkeiten keine Spur von Initiative, Rührigkeit und Energie besitzt. Wenn überhaupt jemand, dann eignet sich Graf Zamoyski am besten dazu, unsere Außenpolitik während der Sanierungsperiode einschlafen zu lassen.

So bemühen wir uns die Tatsache zu erklären, daß sich unsere Regierung nur in geringem Maße mit Fragen der Auslandspolitik beschäftigt. Und wenn sie sich dafür interessiert, dann hauptsächlich deswegen um sie als Handelsobjekt mit den Parteien zu behandeln, deren Hilfe für das Sanierungswerk damit zu erkaufen war. Insonderheit der Posten des Außenministers und die Personalfragen in diesem Ministerium sind eine Bezahlung der Rechten für ihre der Regierung in Finanzfragen geleistete Hilfe. Hauptsächlich von diesem Gesichtspunkte aus scheint die Regierung die Wichtigkeit der Außenpolitik einzuschätzen.

Wir bemühen uns, in die psychischen Antriebe der Regierung und auch des Sejm einzudringen. Die Außenpolitik interessiert unsere Parteien außerordentlich wenig. Die Diskussion in der Auslandskommission steht auf einem niedrigen Niveau, und die Beweise, die bei irgend einer These für das Für oder Wider erbracht werden, entsprechen dem Niveau einer Versammlung in Schrimm, Milowka, Suwalki oder anderen Städten ähnlicher Einwohnerzahl. Wir lasen bisher kaum ein Wort, kaum eine Ansicht über die polnische Lage, kaum einen Versuch, sich in die gesamteuropäische Lage hineinzuversetzen, die eines fast 30 Millionen starken Staates würdig wären. Es ist doch unwahrscheinlich, daß im ganzen Sejm niemand sich darüber Rechenschaft ablegt, welche Zeit wir durchleben und was für Konsequenzen ein Verträumen dieser Zeit in einer geradezu bequemen Weise hervorrufen wird.

Wir bestreiten durchaus nicht die Bedeutung der Finanzsanierung, für die unser Blatt sicher in erster Linie eingetreten ist, wenn es sich um die polnische Presse handelt. Aber es ist vielleicht Zeit, in diesem Augenblick zu erklären, daß Einseitigkeit, sogar unter einem so bedeutenden Gesichtspunkte, verderblich sein kann. Man kann nicht straflos des Sanierungswerkes wegen alles andere opfern: das Wirtschaftsleben, die Landwirtschaft, die Industrie vernichten, Bildung, Eisenbahn, Gesundheitspflege vernachlässigen — und unsere so schwierige internationale Lage auch noch aufs Spiel setzen.

Der Staatsbetrieb — ist der Organismus, und der Staatsschatz ist — das Herz, das in ihm Blut und Leben in Bewegung bringt. Aber gerade deswegen, weil der Staatsbetrieb ein organisches Ganzes bildet, kann man — auch des Herzens wegen — nicht einzelne Glieder amputieren. Denn dann erkrankt und verkommt der ganze Organismus. Ein tüchtiger Arzt ist nur der, der einen Kranken zu retten versteht, ohne ihm Hände und Füße abzuschneiden. Ein Arzt, der nur ein — wenn auch lebenswichtiges — Organ heilt, aber nicht den ganzen Organismus, und allen anderen Lebensinteressen seinen Rat und seine Aufmerksamkeit zuwendet, wäre ein Stümper. Das — an die Adresse unserer Regierung und unseres Sejm!"

Republik Polen.

Militärische Veränderungen.

Der Staatspräsident hat auf Antrag des Kriegsministers den Divisionsgeneral Stefan Kajewski zum Verwaltungschef, den Divisionsgeneral Karl Schubert zum Vorsitzenden des Offizierstribunals, den Brigadegeneral Josef Rybak zum Kommandeur des 9. Armeekorps und den Brigadegeneral Władysław Jung zum Kommandeur des 4. Korps ernannt. Der Vorsitzende des Offizierstribunals, Divisionsgeneral Jachna, tritt in den Ruhestand. Der Präsident ernannte gleichzeitig den Brigadegeneral Edmund Keßler zum ersten Vertreter des Generalstabschefs. Divisionsgeneral Kazimierz Sosnkowski wurde zum Mitglied des Kriegsrates berufen. („Dep. Por.")

Steuereingänge.

In der vergangenen Woche, vom 25. bis zum 31. Mai, sind in den Finanzkassen aus dem Vermögenssteuertitel 1 271 261 Złoty eingegangen. Diese Summe verteilt sich auf die Landwirtschaft einerseits und Industrie und Handel andererseits zu 519 814 und 751 447 Złoty. Seit Jahresbeginn sind an Vermögenssteuern ungefähr 105 Millionen Złoty eingenommen worden, während die Einnahme auf 95 Millionen Złoty veranschlagt war.

Von den Kommissionen.

Die Finanzkommission und die Kommission für öffentliche Gesundheit berieten am Mittwoch weiter über den Entwurf für das Antialkoholgesetz. Im Artikel 6 wurde bestimmt, daß die Entfernung des Ausschanks von der Kirche 100 Meter betragen soll. Auf den Antrag der Unterkommission, der dahin ging, daß der Verkauf in den Speisewagen und auf den Stationen erlaubt sein sollte, wurde nicht gebilligt. Das Verkaufsverbot soll von Sonnabend 3 Uhr nachmittags bis Sonntag 12 Uhr mitternachts gelten. Es wurde bestimmt, daß diejenigen, die Alkohol auf Kredit verkaufen, ein für allemal die Konzession verlieren. Die von den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden auferlegten Geldstrafen sollen einem Fonds für den Kampf gegen den Alkohol zufließen, den die Generaldirektion des öffentlichen Gesundheitsdienstes verwalten wird. Endlich wurde die Vorschrift angenommen, daß die Vollstreckung der Strafe für einmalige Überschreitung der Vorschrift auf ein Jahr verschoben werden kann.

*

Der Sejmausschuß für Fragen des Arbeitsschutzes erörterte in weiterer Folge den Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung. Unter anderem wurde eine Verbesserung angenommen, durch die der Anteil des Fiskus am Versicherungsfonds von 40 auf 50 Prozent festgesetzt wird. Nach längerer Aussprache wurde die in dem vom Sejm beschlossenen Entwurf enthaltene Bestimmung beibehalten, daß der Arbeitgeber, der ohne triftigen Grund die Anstalt schließt, die Zahl der Arbeiter um mehr als 10 Prozent einschränkt oder die Zahl der Arbeitstage um mehr als zwei Tage in der Woche reduziert, den ganzen Versicherungsbeitrag weitere drei Monate zahlen soll, gerechnet vom Tage der Einstellung bzw. Einschränkung des Betriebs.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Sejm lehnte einmütig die Herausgabe des Abg. Pieniażek von der Piastenpartei, des Abg. Waszkiewicz von der Nationalen Arbeiterpartei, sowie in zwei Fällen der Abgeordneten Bryl und Pawłowski vom Bauernbund ab. Ferner wurde vom Ausschuß in der Abstimmung die Herausgabe des Abg. Czetwertyński vom Nationalen Volksverband und des Abg. Lubarski vom ukrainischen Klub abgelehnt.

Kreditaktion.

Die „Bank Gospodarstwa Krajowego" beginnt ihre Tätigkeit mit einer außerordentlichen Kreditaktion für die Industrie und Landwirtschaft. Für diese Aktion hat der Finanzminister, der gegenwärtigen schweren Wirtschaftslage Rechnung tragend, in der Bank 46 Millionen Złoty lokiert, mit der Bestimmung, daß die Kredite zu sehr zugänglichen Bedingungen, im Verhältnis zur gegenwärtigen Prozentstufe, gewährt werden. Die Kredite werden denjenigen Industriellen oder Landwirten zugewiesen, die sich in sehr schwieriger Lage befinden, aber doch genügende Garantie für die Abzahlung des Kredits innerhalb dreier Monate geben können. Kreditgesuche sollen entweder durch die Vermittlung der wirtschaftlichen Vereinigungen oder auf direktem Wege an die „Bank Gospodarstwa Krajowego" gestellt werden. Der Termin läuft am 12. d. Mts. ab.

Vom Landwirtschaftsausschuß.

Der Landwirtschaftsausschuß beendete die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über den Schutz der kleinen Pächter und nahm in dritter Lesung die ersten 5 Artikel mit einer Verbesserung des Abg. Kowalczyk zu Artikel 1 an.

Tagesordnung des Sejm.

Die Tagesordnung der heutigen Sejmsitzung sieht u. a. vor: Die dritte Lesung der Novellen zum Gesetz über die Besoldung der Beamten und des Heeres und über die Ruhestandsversorgung, sowie den Kommssionsbericht über Auslieferungsanträge.

Teuerungszunahme.

Die Unterhaltungskosten in Lodz sind nach den Feststellungen der betreffenden Kommission in der zweiten Maihälfte im Vergleich zur ersten Hälfte um 0.19 Prozent gestiegen.

Handelsverträge.

Die letztens von Polen mit Dänemark und Holland abgeschlossenen Handelsverträge sehen auf dem Gebiete der Zölle den Genuß autonomer Tarife, sowie Privilegierungsklauseln vor. Was den zur Revision stehenden Vertrag mit Frankreich betrifft, der eine Reihe von Ermäßigungen vorsieht, so kann die Unterzeichnung nach Beendigung der Revision des polnischen Zolltarifs erfolgen.

Rund um die Regierungsbildung in Deutschland.

Verhandlungen mit den Deutschnationalen.

Die Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierung sind gestern den ganzen Tag fortgeführt worden. Schließlich kam das Zentrum und die Demokraten zu der Überzeugung, daß weitere Verhandlungen mit den Deutschnationalen zwecklos seien und es war nur noch die Frage, ob die Regierung auf der Grundlage der bisherigen Koalition gebildet werden sollte. Die Deutsche Volkspartei entschied sich schließlichdafür, die bisherige Koalition wieder mitzumachen. Um 8 Uhr abends begaben sich die Führer der Mittelparteien zum Reichskanzler. In einer von der Deutschen Volkspartei aufgegebenen Mitteilung heißt es: In den von dem Reichskanzler Marx geführten Besprechungen mit den deutschnationalen Verhandlungsführern ist in den wichtigsten Punkten eine Einigung über die Erklärung der Regierung um die Gutachten der Sachverständigen erzielt worden. Aber diese Einigung ist durch die Beschlüsse der Deutschnationalen Fraktion und durch vorzeitige und entstellte Veröffentlichung immer wieder durchkreuzt worden. Auch wurde die an die deutschnationalen Verhandlungsführer gerichtete unabweisbare Forderung nach Abgabe einer Erklärung über die Stellung der Deutschnationalen zur Außenpolitik nicht befriedigend erledigt. In der preußischen Frage bleiben die Deutschnationalen bei ihrer Forderung nach einer Sicherung für baldige Neuwahlen in Preußen. Solche Sicherheiten konnte die Reichstagsfraktion der Mitte nicht geben. Trotzdem machten die Deutschnationalen ihre endgültige Stellungnahme von der Lösung der preußischen Frage abhängig. Ferner erklärten die Deutschnationalen, daß die Besetzung des Außenministeriums durch den bisherigen Minister Stresemann für sie diskutabel sei. Bei allen diesen Gründen müßte die Deutschnationale Volkspartei feststellen, daß die Verhandlungen bei der Bildung der großen Bürgerkoalition gescheitert sind. Sie gibt aber die Hoffnung nicht auf, daß diese Koalition doch noch zu gegebener Zeit zustande kommen wird.

Der Reichskanzler wird in der heute, nachmittags 5 Uhr, stattfindenden Sitzung des Reichstages eine Regierungserklärung abgeben, in der der Nachdruck auf die äußere Politik gelegt sein wird. Die innere Politik wird nur flüchtig gestreift werden. Nach Abgabe der Regierungserklärung wird der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach eine gemeinsame Erklärung der drei Mittelparteien verlesen. Ob dann noch eine Aussprache stattfindet oder die Sitzung zur Abhaltung von Fraktionsbesprechungen unterbrochen wird, steht noch nicht fest. Wenn man zu den 138 Stimmen der Mittelparteien noch 100 Stimmen der Sozialdemokraten hinzurechnet, dann ist eine Mehrheit erreicht. Die Opposition verfügt über 203 Stimmen. Eine Zweidrittelmehrheit kann also im Reichstag nicht gebildet werden. Nach einer Meldung der deutschen Abgeordneten hin verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß in 6—8 Wochen neue Wahlen stattfinden sollen, deren Ergebnis hauptsächlich von der Stellungnahme zu den Gutachten der Sachverständigen abhängen wird.

Wir sind entschlossen, aber . . .

Ein Brief Heriots an Blum.

Der Abgeordnete Herriot hatte gestern noch an den Führer der Sozialistischen Partei, Abg. Léon Blum, einen Brief gerichtet, in dem er das Programm, das seine Partei gemeinsam mit der Sozialistischen Partei durchführen könne und das er der Billigung des geschäftsführenden Ausschusses der Radikalen Partei unterbreiten werde, entwickelt. Herriot spricht zuerst von einigen unverzüglich durchzuführenden Maßregeln innerpolitischer Natur, weiter von der Herabsetzung der Militärdienstzeit durch Organisierung der bewaffneten Nation, und verspricht auch die Durchführung einer sozialen Gesetzgebung. Schließlich erklärt er in bezug auf die Außenpolitik: Wir sind entschlossen, in vollem Ausmaß unserer Mittel den Frieden auf Grund der Einigkeit der Völker durchzuführen. Wir nehmen ohne jeden Hintergedanken den Bericht der Sachverständigen an. Unsere Partei hat die Politik der Isolierung und der Gewalt bekämpft, die zu Besetzungen und einer territorialen Pfandnahme geführt hat.

Aber angesichts des augenblicklichen Zustandes in Deutschland und der Notwendigkeit, nicht nur Frankreich, sondern alle Völker vor einem offensiven Wiederaufleben des nationalistischen Alldeutschtums (!) zu bewahren, hält es unsere Partei nicht für möglich, das Ruhrgebiet zu räumen, bevor nicht die im Sachverständigenbericht vorgesehenen Pfänder konstituiert und den internationalen Organismen übermittelt worden sind, die berufen sind, sie zu verwalten. Im Interesse des Friedens glauben wir auch, daß die Kontrolle der Entwaffnung Deutschlands sichergestellt werden muß, und zwar durch eine gemeinsame Anstrengung aller Alliierten und so bald wie möglich durch die Aktion des Völkerbundes. Wir werden das Programm der Sicherheit durch Garantiepakte zu lösen haben, die wir unter die Autorität des Völkerbundes stellen wollen.

Painlevé über Deutschland.

Herr Painlevé, der neue Präsident der Kammer, gewährte dem Pariser Vertreter der Telegraphen-Union eine Unterredung. Painlevé ermächtigte den Korrespondenten, zunächst alle Meldungen formell zu dementieren, wonach er Vertreter der Deutschnationalen hier in Paris empfangen habe. Er fügte hinzu, er glaube versichern zu dürfen, daß Herriot sich diesem Dementi anschließe.

Hinsichtlich der Ruhr erklärte Painlevé, eine Räumung des Ruhrgebietes, wie es ein Teil der deutschen Presse als Voraussetzung zur Eröffnung von Verhandlungen wolle, sei nicht denkbar.

Im übrigen vertrat Painlevé den Standpunkt, den er bereits italienischen Korrespondenten gegenüber zum Ausdruck brachte, wonach bei allgemeiner Annahme des Sachverständigenberichts die Aufhebung der Wirtschaftskontrolle gegen die im Bericht angegebenen Garantien erfolgen müsse und die Aufrechterhaltung der militärischen Okkupation damit ihren Zweck verliere.

Aus anderen Ländern.

Erst die nötigen Vorbedingungen.

Zürich, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der „Corriere della Sera" meldet aus London: Mac Donald erklärte italienischen Journalisten gegenüber, daß sofort nach der Lösung der deutschen und der französischen Ministerkrisis die Einberufung einer interalliierten Reparationskonferenz von ihm beantragt werden wird. Für eine internationale Regelung der Kriegsschuldenfrage müßten erst die nötigen Vorbedingungen geschaffen werden. England könne weder auf die deutschen Reparationen noch auf seine Guthaben bei den Alliierten verzichten.

Patriotische Szenen.

Zürich, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der „Corriere della Sera" meldet aus Tokio: Die japanischen Handelskammern warnen die japanische Geschäftswelt vor Reisen nach der Union, solange die politische Lage ungeklärt sei. In Tokio treffen zahlreiche Japaner aus den Vereinigten Staaten ein; bei ihrem Eintreffen spielen sich fast alltäglich auf dem Bahnhof und im Hafen Szenen großer nationaler Begeisterung ab. Die neue Offiziersliga beteiligt sich an den Umzügen der nationalistischen Jugend durch die Stadt.

Noch nicht genug.

Basel, 4. Juni. (Privattelegramm.) Der „Basler Anzeiger" schreibt in einer Montagnummer (Nr. 125): Trotz aller Friedensreden Herriots werden durch Schweizer aus dem Ruhrrevier gewisse Vorgänge berichtet, die auf eine neue aggressive Politik der französischen Militärpartei hindeuten. Es wird gemeldet, daß in allen Betrieben eine verschärfte Kontrolltätigkeit einzusetzen begonnen habe, eine Kontrolltätigkeit, die ganz willkürlich ist und die deutschen Betriebe den Franzosen ausliefern soll. Die möglichen Folgen für die deutsche Politik kann sich jeder selbst ausmalen.

Letzte Meldungen.

Die Kräfteverteilung.

Die Verteilung der Kräfte in der Nationalversammlung gestaltet sich folgendermaßen: Im Parlament sind 307 Abgeordnete gegen und 180 für Millerand, im Senat 122 gegen und 126 für den Staatspräsidenten. Infolgedessen werden sich in der Nationalversammlung 429 Abgeordnete gegen und 306 für Millerand erklären.

Rücktritt der Danziger Regierung.

Nach einer Meldung der Poln. Telegraphen-Agentur aus Danzig ist die Danziger Regierung zurückgetreten. Ziehm erklärte in der Kammer, daß die Demission verursacht worden sei durch die Nichtannahme des Justizbudgets durch den Volkstag, und daß die sozialistischen Fraktionen Schritte zur Bildung einer neuen Regierung unternehmen sollten. Nach der Erklärung des Vizevorsitzenden wurde die Sitzung der Kammer unterbrochen. Nach der Pause teilte der Sozialist Gehl mit, daß seine Partei die Erklärung zur Kenntnis nehme und als Rücktritt der Regierung betrachte.

Die Kammerwahlen in Frankreich.

Die gestrigen Wahlen in der französischen Deputiertenkammer hatten folgende Ergebnisse: Zum Präsidenten der Kammer wurde Painlevé gewählt, der 296 Stimmen erhielt, während für den Kandidaten der gegenwärtigen Opposition, den früheren Minister Maginot, 209 Stimmen abgegeben wurden. Die Kommunisten stimmten für ihren Kandidaten Marty. Zu Vizevorsitzenden wurden gewählt: Justin Godart, der 308 Stimmen erhielt, und Dumesnil mit 289 Stimmen, beide Radikalsozialisten, ferner der Vertreter der republikanischen Linken Raynaldy mit 301 und Varenne von den vereinigten Sozialisten mit 299 Stimmen.

Die Verlobung unserer Tochter
Editha
mit dem staatlichen Forstassessor, Herrn
Carl Hildebrand
zeigen wir hierdurch an

Georg Friedrich u. Frau
Eliese, geb. Stammwitz.

Breslau, Kaiser Wilhelmstr. 89
z. Zt. Sliwno in Polen, Juni 1924.

Meine Verlobung mit Fräulein
Editha Friedrich
Tochter des Herrn Direktor Georg Friedrich und seiner Frau Gemahlin Eliese, geb. Stammwitz, zeige ich hierdurch ergebenst an.

Carl Hildebrand
Staatl. Forstassessor
u. Kgl. Pr. Lt. d. R. a. D. im Ulanen-Regiment Prinz August v. Württemb. 1. Posensches Nr. 10.

Neuruppin, Juni 1924.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 5. 6., 7½ Uhr: **„Boccaccio"**, Kom. Oper von Suppé.
Freitag, den 6. 6., 7½ Uhr: **„Tosca"**, Oper von Puccini.
Sonnabend, den 7. 6., 7½ Uhr: **„Konrad Wallenrod"**, Nat. Oper v. Żeleński (Gastspiel M. Sowilski).
Sonntag, den 8. 6.: **„Marja"**, Oper von Opieński.
Sonntag, abends 7½: **„Straszny Dwór"**, Oper von Moniuszko.

(Nach Beginn der Vorstellungen wird in den Zuschauerraum niemand mehr hineingelassen.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.

Sabbatandacht.
Freitag, 6. Juni, abends 8¼ Uhr.
Sonnabend, morg. 7 Uhr.
Sonnabend, vorm. 10 Uhr.
Sonnabend, nachm. 4½ Uhr, Mincha mit Vortrag.

Festandacht.
Sonnabend, abends 9 Uhr 20 Min.,
Sonntag, morgens 7 Uhr, vormittags 9¾ Uhr mit Predigt, nachmittags 4½ Uhr, abends 9 Uhr 20 Min.,
Montag, morgens 7 Uhr, vormittags 9¾ Uhr mit Predigt u. Seelengedenkfeier, nachmittags 4½ Uhr, abends (Festausgang) 9 Uhr 22 Min.
Werktäglich morg. 6¾ Uhr, abends 8 Uhr.
Nach den Morgenandachten Lehrvortrag über Maimonides.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde).
Ulica Dominikańska.

Sabbatandacht.
Freitag, abends 7¾ Uhr.
Sonnabend vorm. 10 Uhr.

Festandacht.
Sonnabend, abends 8¾ Uhr.
Sonntag, vorm. 10 Uhr, abends 8 Uhr,
Montag, vorm. 10 Uhr.
Probevortrag des Kantors **Neuhaus.**

Die Aufwertungs-Verordnung

vom 14. Mai 1924.

(Dziennik Ustaw Nr. 42, Poj. 441.)

Auf Grund des Punktes 10, Art. 1 und 2 des Gesetzes vom 11. Januar 1924 über die Sanierung der Finanzen und die Valutareform (Dz. Ust. Nr. 4, Pos. 28), sowie in Übereinstimmung mit dem Beschlusse des Ministerrates vom 9. Mai 1924 bestimme ich:

Gegenstand der Umrechnung

§ 1.

1. Diese Verordnung findet Anwendung auf in Polenmark zahlbare privatrechtliche Forderungen, deren Titel vor dem 28. April 1924 entstanden sind, ohne Rücksicht darauf, ob diese Verbindlichkeiten zur Zeit des Entstehens des Titels ausgedrückt oder zahlbar waren in Polenmark, Zarenrubeln, österreichisch-ungarischen Kronen oder deutscher Mark und in Polenmark zahlbar geworden sind infolge der Vorschriften, welche die Polenmark als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt haben.

2. Diese Verordnung findet außerdem Anwendung auf in Zarenrubel zahlbare Forderungen, deren Titel auf dem Gebiete des früheren Mittel-Litauen vor dem 1. April 1921 entstanden sind, auf in österreichisch-ungarischen Kronen zahlbare Forderungen, deren Titel auf dem Gebiete der wolhynischen Wojewodschaft vor dem 1. April 1920 entstanden sind, schließlich auf Forderungen, deren Titel auf dem Gebiete des Wilnaer Landes, der Wojewodschaft Polesie und Nowogród, sowie der Kreise Wołkowysk, Grodno, Białystok, Biała, Sokoł der Wojewodschaft Białystok entstanden sind, und die zahlbar waren in Rubeln und Mark, die auf diesem Gebiet durch die deutschen Okkupationsbehörden emittiert worden sind (sog. Ostrubel und Ostmark).

Die Umrechnungsskala und ihre Anwendung.

§ 2.

1. Obige Forderungen sind auf Verlangen irgend einer Partei auf die in dieser Verordnung gezeigte Weise in Złoty umzurechnen.

2. Die Grundlage der Umrechnung ist die folgende Skala:

In der Zeit	Russische Rubel	Öst.-Ung. Kronen	Deutsche Mark	Polnische Mark
bis 1. VIII. 1914	0,375	0,95	0,81	
vom 1. VIII. 1914				
im Halbjahr II 1914	0 40	1 00	0,85	
„ „ I 1915	0,44	1.15	0,90	
„ „ II 1915	0,50	1,25	0,92	
„ „ I 1916	0,50	1.40	1,05	
„ „ II 1916	0.50	1,60	1,09	1,09
im Quartal I 1917	0 50	1,90	1,15	1.15
„ „ II 1917	0,50	1 90	1,15	1.15
„ „ III 1917	0,55	2,00	1 20	1 20
„ „ IV 1917	0,60	2,00	1,20	1.20
„ „ I 1918	0,60	2,00	1,20	1,20
„ „ II 1918	0,70	2,00	1,20	1,20
„ „ III 1918	0 85	2 30	1,30	1 30
„ „ IV 1918	0,90	2.60	1 50	1,50
im Monat I 1919	1,10	2,90	1.8	1,50
„ „ II 1919	1 35	3,20	2,0	1.75
„ „ III 1919	1.50	4.00	2,0	2 00
„ „ IV 1919	2,00	4.75	2.0	2,25
„ „ V 1919	2,25	5 50	2,1	2,50
„ „ VI 1919	2 50	5.75	2.1	2 75
„ „ VII 1919	3,75	6 20	2,4	3,25
„ „ VIII 1919	4,25	8.00	2 8	4 25
„ „ IX 1919	5,75	11,00	3,3	6 00
„ „ X 1919	6,55	14.00	4.2	7.50
„ „ XI 1919	8,50	17.00	5,5	10,00
„ „ XII 1919	10.50	22,00	7,0	14,00
im Monat I 1920	12	28	9	19
„ „ II 1920	13	35	11	23
„ „ III 1920	13	35	12	25
„ „ IV 1920	13	35	12	25
„ „ V 1920	14		11	30
„ „ VI 1920	13		11	31
„ „ VII 1920	13		11	34
„ „ VIII 1920	13		11	40
„ „ IX 1920	14		11	45
„ „ X 1920	17		11	60
„ „ XI 1920	19		11	80
„ „ XII 1920	23		11	100
im Monat I 1921	25		11	120
„ „ II 1921	30		11	130
„ „ III 1921	35		11	145
„ „ IV 1921	40		11	140
„ „ V 1921	55		11	150
„ „ VI 1921	80		11	200
„ „ VII 1921	120		11	300
„ „ VIII 1921	200		11	400
„ „ IX 1921			14	425
„ „ X 1921			18	450
„ „ XI 1921			23	450
„ „ XII 1921			25	450
im Monat I 1922			28	450
„ „ II 1922			31	500

3. Die durch die deutschen Okkupationsbehörden in den Ostgebieten emittierte Mark (Ostmark) wird der deutschen Mark für gleich erachtet, und der durch diese Behörde emittierte Rubel (Ostrubel) wird dem Betrage von zwei deutscher Mark für gleich erachtet.

§ 3.

1. Für die Anwendung des entsprechenden Satzes der obigen Skala ist maßgebend die Zeit der Entstehung des Titels, der die Geldforderung begründet, soweit diese Verordnung nicht anders bestimmt.

2. Eine Umrechnung früherer Forderungen in polnische Mark, die ohne die Absicht, das frühere Verhältnis zum Erlöschen zu bringen, bewirkt worden ist, kann nicht als eine Novation angesehen werden, die die Anwendung des Satzes nach der Zeit der Entstehung des neuen Titels rechtfertigen würde.

§ 4.

1. Die zulässige Höchstgrenze der Umrechnung ist die Anwendung der vollen Sätze der Skala des § 2.

2. Die zulässige Mindestgrenze für die Umrechnung bildet die Nominalsumme polnischer Mark, die in dem Rechtstitel genannt ist oder aus ihm hervorgeht, und die umzurechnen ist in Złoty nach der Relation, die durch Verordnung des Präsidenten der polnischen Republik vom 14. April 1924 über die Änderung des Geldwesens (Dz. Ust. Nr. 34, Poj. 351) festgesetzt ist, d. h. der Złoty = 1 800 000 Mkp.

Forderungen aus Darlehen.

§ 5.

1. Hypotheken, die Forderungen aus Darlehen sicherstellen auf Grundstücken, deren Haupteinnahme aus der Miete bestand, die gegenwärtig auf Grund des Mieterschutzgesetzes festgesetzt ist, werden zusammen mit den Forderungen, die durch diese Hypotheken gesichert sind, umgerechnet: Auf dem Gebiete der Hauptstadt Warschau, der Wojewodschaften Warschau, Lodz, Kielce, Lublin, Białystok mit Ausnahme der Kreise Grodno und Wołkowysk auf 25 Prozent, auf dem Gebiete der Kreise Grodno, Wołkowysk, des Wilnaer Landes, der Wojewodschaften Nowogród, Polesie, Wolhynien, Krakau, des Teschener Teils der Wojewodschaft Schlesien, sowie der Kreise Brzozowo, Kolbuszów, Krosno, Lisko, Łańcut, Przeworsk, Rzeszów, Sanok, Strzyżów, der Wojewodschaft Lemberg auf 20 Prozent, und auf dem Gebiete des restlichen Teils der Wojewodschaft Lemberg, der Wojewodschaften Stanislau, Tarnopol, Pommerellen, Posen, sowie des oberschlesischen Teils der Wojewodschaft Schlesien auf 15 Prozent der nach der Skala des § 2 berechneten Summe.

2. Derselbe Maßstab für die Umrechnung wird angewandt auf Rechte, die durch obige Hypotheken und Forderungen gesichert sind.

3. Die für die Zeit bis zum 31. Dezember 1924 rückständigen und nicht verjährten Zinsen werden ebenso wie das Kapital umgerechnet und diesem zugerechnet. Die Zinsen dagegen, die für die Zeit vom 1. Januar 1925 fällig werden, werden von dem auf diese Weise umgerechneten Kapital berechnet.

4. Für die Zahlung des Kapitals, dessen Zahlungstermin eingetreten ist, hat der Schuldner das Recht des Zahlungsaufschubs bis zum 1. Januar 1928. Das Gericht kann unter Berücksichtigung der Vermögenslage des Schuldners dieses Recht des Zahlungsaufschubs aufheben oder beschränken; es kann es ebenfalls aufheben, wenn das Grundstück im Wege des Verkaufs oder Tausches in andere Hände übergegangen ist.

§ 6.

1. Hypotheken, die Forderungen aus Darlehen auf anderen als den im § 5 genannten Grundstücken sicherstellen, werden zusammen mit den Forderungen, die durch diese Hypotheken sichergestellt sind, umgerechnet: Auf dem Gebiete der Hauptstadt Warschau, der Wojewodschaft Lodz, der Kreise Gostyn, Kutno, Lipno, Lowicz, Nieszawa, Rypin und Włocław der Wojewodschaft Warschau, sowie der Kreise Bedzin, Czestochau, Miechów und Olkusz der Wojewodschaft Kielce auf 50 Prozent, auf dem Gebiete des übrigen Teiles der Wojewodschaften Kielce und Warschau, mit Ausnahme der Kreise Ciechanów, Mława und Przasnysz, auf dem Gebiete der Kreise Ostrowo, Wysokie Mazowieckie der Wojewodschaft Białystok sowie auf dem Gebiete der Wojewodschaft Lublin, mit Ausnahme der Kreise Bilgoraj, Biała, Chełm, Hrubieszów, Konstantynów, Radzyn, Wegrów und Włodawa auf 42 Prozent, auf dem Gebiete der Kreise Ciechanów, Mława und Przasnysz der Wojewodschaft Warschau, des Restes der Wojewodschaft Białystok, der oben genannten Kreise der Wojewodschaft Lublin, des Teschener Teils der Wojewodschaft Schlesien, der Wojewodschaft Krakau, sowie der Kreise Brzozowo, Hrubieszów, Krosno, Sisko, Łańcut, Przeworsk, Rzeszów, Sanok, Strzyżów der Wojewodschaft Lemberg auf 33 Prozent, auf dem Gebiete der Kreise Trocki, Wilna, Wilejka des Wilnaer Landes, den Kreisen Lida, Nowogród und Słonim der Wojewodschaft Nowogród, auf dem Gebiete der Wojewodschaft Polesie, mit Ausnahme der Kreise Luniniec und Sarny in der Wojewodschaft Wolhynien, in dem Rest der Wojewodschaft Lemberg, sowie der Kreise Dolina, Kałusz, Skole, Stryj, Turka der Wojewodschaft Stanislau auf 24 Prozent, und in dem übrigen Teil des Wilnaer Landes und der Wojewodschaft Nowogród, den Kreisen Luniniec, Sarny, dem Reste der Wojewodschaft Stanislau, den Wojewodschaften Tarnopol, Pommerellen, Posen und dem oberschlesischen Teil der Wojewodschaft Schlesien auf 15 Prozent der nach der Skala des § 2 berechneten Summe.

2. Derselbe Maßstab für die Umrechnung wird angewandt auf Rechte, die durch obige Hypotheken und Forderungen sichergestellt sind.

3. Die für die Zeit bis zum 30. Juni 1924 rückständigen und nicht verjährten Zinsen werden ebenso wie das Kapital um- und diesem zugerechnet. Die Zinsen dagegen, die für die Zeit vom 1. Juli 1924 fällig werden, werden von dem auf diese Weise umgerechneten Kapital berechnet.

4. Für die Rückzahlung des Kapitals, dessen Zahlungstermin eingetreten ist, erhält der Schuldner das Recht des Zahlungsaufschubs bis zum 1. Januar 1927. Das Gericht kann unter Berücksichtigung der Vermögenslage des Schuldners dieses Recht des Zahlungsaufschubs aufheben oder beschränken; es kann es ebenfalls aufheben, wenn die Besitzung im Wege des Verkaufs oder Tausches in andere Hände übergegangen ist.

§ 7.

1. Wenn die Rückzahlung der hypothekarisch gesicherten Forderung aus einem Darlehn auf Amortisationsraten verteilt worden ist, dann wird die Höhe der Forderung festgestellt nach dem Stande des Tages, bis zu dem die letzte Amortisationsrate bezahlt worden ist. Die aus der Umrechnung hervorgehende Summe der Złoty-Forderung wird verzinst und amortisiert wie ein neues Darlehn zu den vorherigen Bedingungen.

2. Die rückständigen, noch nicht verjährten Zinsen, sowie die bis zur Fälligkeit der ersten Amortisationsrate laufenden werden ebenso wie das Kapital um- und diesem zugerechnet.

3. Auf die in Amortisationsraten zahlbaren Hypothekenforderungen finden die Vorschriften des § 11, Abs. 3, und § 36, Abs. 1 keine Anwendung.

§ 8.

Die Vorschriften des vorhergehenden Paragraphen finden ebenfalls Anwendung auf die Umrechnung von Hypothekenforderungen, die die Grundlage von Pfandbriefen bilden mit der Maßgabe, daß zu dem Kapital die rückständigen, noch nicht verjährten Zinsen, sowie die bis zum Datum der Fälligkeit des ersten Kupons der neuen Pfandbriefe laufenden hinzugerechnet werden.

§ 9.

Wenn auf die Hypothekenforderung (Hypothek), welche als Gesamthypothek zwei oder mehrere Grundstücke belastet, mit Rücksicht auf die Art oder Lage dieser Grundstücke verschiedene Maßstäbe für die Umrechnung anzuwenden wären (§§ 5 und 6), dann wird mangels Einverständnisses der Parteien das Maß der Umrechnung des Kapitals und der Zinsen, sowie die Zeit des zulässigen Zahlungsaufschubs von dem Gericht in den in den §§ 5 und 6 bezeichneten Grenzen bestimmt.

§ 10.

Die Vorschriften der §§ 5—9, sowie die weiteren Vorschriften dieser Verordnung, die Hypotheken betreffen (§ 11, Abs. 3, und §§ 34 und 35) sind entsprechend auf Pfandrechte anzuwenden, die auf Grundstücken ohne Eintragung in die Grundbücher lasten.

§ 11.

1. Forderungen aus Darlehen, die nicht auf Grundstücken oder Hypotheken lasten und vor dem 1. Januar 1922 entstanden sind, werden auf 10 Prozent der nach der Skala des § 2 berechneten Summe umgerechnet, sofern nicht wichtige Gründe ein Abgehen von diesem Umrechnungsmaßstab rechtfertigen.

Solche Gründe können insbesondere sich ergeben aus dem ausdrücklichen oder vermutlichen Willen der Parteien (§§ 28 und 29).

2. Ebensolche Forderungen, die nach dem 1. Januar 1922 entstanden sind, können gemäß den Bestimmungen dieser Verordnung nur auf Grund der Vorschriften über die Haftung für den Verzug (§ 29 d) umgerechnet werden.

Auch hypothekarisch gesicherte Forderungen aus Darlehen können aus wichtigen Gründen in niedrigerem oder höherem Maßstab als dem in den §§ 5 und 6 festgesetzten umgerechnet werden. Jedoch kann die Umrechnung zu einem höheren Maßstab nicht die Erhöhung des Maßstabes für die Umrechnung der diese Forderungen sichernden Hypotheken zur Folge haben.

§ 12.

1. Die Institute, die Pfandbriefe emittieren, haben bis zur Höhe der Gesamtsumme der umgerechneten und zu ihren Gunsten sichergestellten, in Złoty ausgedrückten Forderungen (§ 8) auf Grund eines neuen Tilgungsplanes Złotypfandbriefe mit Kupons, die von den in dem Konversionsplan (§ 14) festgesetzten Datum laufen, herauszugeben.

Von diesen Briefen behält das Institut zur Deckung der Kosten der Konversion einen in dem Konversionsplan bezeichneten Teil. Die übrigen Pfandbriefe dagegen sind unter die Eigentümer der vor Inkrafttreten dieser Verordnung ausgegebenen Pfandbriefe zu verteilen, wobei die früheren Briefe gegen neue mit derselben Verzinsung umgetauscht werden. Die Forderungen auf Grund der noch nicht ausgelosten, sowie der nach dem Jahre 1913 ausgelosten, aber nicht zur Zahlung präsentierten Pfandbriefe werden in gleicher Weise behandelt.

2. Das Institut kann, anstatt Złotybriefe herauszugeben, die bereits ausgegebenen Briefe auf Złotybeträge umstempeln, wobei die Grundsätze des ersten Absatzes entsprechend anzuwenden sind.

§ 13.

Als Grundlage für die Verteilung bzw. Umstempelung dient der Wert der konvertierten Briefe nach dem Datum ihrer Emission auf Grund der Skala des § 2, jedoch werden die in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 31. Dezember 1918 emittierten Briefe für die Umrechnung als am 1. Januar 1918 emittiert angesehen, und die in den Jahren 1919—1923 emittierten werden für die Umrechnung als am 1. Oktober des betr. Jahres emittiert angesehen.

§ 14.

Der Konversionsplan muß dem Finanzminister oder dem durch diesen bezeichneten Kommissar unter Beifügung einer Begutachtung des gemeinsamen Kurators und der Vertrauensmänner der Eigentümer der Pfandbriefe des betr. Instituts (§ 50) vorgelegt werden.

§ 15.

Im Bedarfsfalle wird der Finanzminister eingehende Bestimmungen über die Ausführung der Konversion und die Aufsicht darüber erlassen. Auf Verlangen des Instituts kann der Finanzminister die Höhe der Gebühren für die Verwaltungskosten, sowie die Art der Umrechnung der rückständigen Verwaltungskosten und anderer rückständiger Forderungen des Emissionsinstituts festsetzen.

(Fortsetzung folgt.)

Das goldene Netz.

Roman von **Otto Lothar Riemasch.**

(33. Fortsetzung.)

Redlich saß in dem Speisewagen des D-Zuges. Er hatte sehr gut gegessen — er wurde dick — und sah nun satt, aber doch mißmutig zum Fenster hinaus. Ein hellblauer, gläserner Himmel spannte sich über eine schöne, glitzernde Winterlandschaft, die eilig vorüberglitt, ohne sich viel zu verändern. Wälder, kleine Dörfer und endlose Flächen weißer Felder. Dort sprang ein Hase in großen Sätzen durch den Schnee. Ein paar Krähen flogen mit dem Zuge mit, und strichen dicht über den Boden hin, eine dicke Rauchwolke hüllte sie ein, man sah sie nicht mehr.

Der Wagen war überfüllt mit Ausländern, die sich's wohl sein ließen. Die wenigen Deutschen fanden keinen Platz und mußten auf weiten Strecken in den Korridoren stehen. Dort fuhren sie aufeinander los, nervös, gereizt, verbittert. Die Politik jagte sie gegeneinander; die steigenden Preise, die sinkende Mark, die anschwellende Teuerung gaben die ewigen Debatten ab. Einer wußte immer mehr als der andere. Zustände, Zustände waren das! Jedem ging es am schlechtesten. Niemand ließ die Einwände, die Not des anderen gelten. Es gab keine gemeinsame Not. Es war ein Kampf aller gegen alle — ja, die Wucherer, die Schieber, da war man einig, daß sie an den Galgen mußten. Aber mißtrauisch sah man sich einander von der Seite an, ob der andere nicht auch von der Sorte wäre. Und nicht selten kam ein gutes Geschäft dabei heraus.

Redlich rührte das alles nicht mehr. Er hörte zu und lernte. Er hatte kein Vaterlandsgefühl. Während er rechnete, Geschäfte überlegte, Spekulationen überdachte, nahm sein großer Endplan immer festere Züge an. Ging alles, wie es sollte, war er in kurzer Zeit ein reicher Mann. Dann mochte man sich in Deutschland gegenseitig den Schädel einschlagen, er ging in die neue Welt, über das trennende Wasser — ein freier Mann.

Dann sollte sein eigentliches Leben erst beginnen.

Am Nachmittag kam er zu Hause an. Er wollte sich rasch umkleiden und noch mit dem ersten Abendzug nach Eitzen weiterfahren. Er fand viel Post vor, Geschäftsbriefe, Offerten, obenauf lagen zwei Briefe von seiner Frau. Schon wieder . . . sie schrieb ein bißchen reichlich, fand er. Allerdings hatte er ihren letzten Brief noch gar nicht gelesen. Mit unbehaglichem Gefühl wog er sie hin und her. Er legte sie wieder beiseite und las erst die andere Post. Seine Stirn entwölkte sich, er konnte zufrieden sein.

Er fing an, sich umzuziehen, aber seine Gedanken kreisten immer wieder um Lores Briefe. Schließlich ging er mit einem Fluch an den Schreibtisch, er wollte Ruhe haben. Er riß den einen auf und irrte mit seinen Augen darüber hin. Aha — da stand es schon: Warum antwortest Du mir auf meine vielen, letzten Fragen nicht? Er schlug rasch um, mein Gott, was sie alles wissen wollte . . . und Vater ist krank und Gustav heiratet — — er warf den Brief auf den Tisch, etwas erleichtert. Nichts von Belang. Aber da fiel noch etwas heraus. Ein kleiner Bogen, dick vorgezogene Linien, eine kraklige, auseinander strebende Kinderschrift. Sein Junge schrieb mit viel Aufwand von Kraft und Tinte. Er las:

„Lieber Vatti! Ich danke Dir für die Süßigkeiten, Mutti, sagt, sie sind von Dir. Großvater raucht nicht, er ist krang. Der Türas hat der Diana Junge ins Haus gebracht, fümf, sie sind sehr nüdlich. In der Schule sind keine Kolen, darum haben wir keine. Ich habe den Hußten. Weihnachten gibt es eine Ganz, kommst Du nicht? Nun will ich schließen. Es küßt Dich Dein Sohn Georg Alfred."

Da ging ein sonderbares Gefühl über sein Herz. Weihnachten? Er hatte nicht daran gedacht. In drei Tagen war es da. Und plötzlich züngelte der Gedanke wie eine Stichflamme in ihm auf: Wie, wenn er über das Fest nach Bobingen fuhr? Vielleicht sah er sonst die dort unten niemals, niemals wieder! Bei der Kospotta log er sich schon heraus — — mit ungewohnter Hast zog er sich an. Ich fahre, sagte er laut zu sich selbst.

Dann ging er aufs Telegraphenamt und überwies Lore einen größeren Geldbetrag. Er überlegte, sollte er sich anmelden? Nein, er wollte sie überraschen. Dann ging er in Läden. Er kaufte: Spielzeug, Näschereien, Nützliches und Törichtes, Teures und Billiges, er kaufte was ihm einfiel. Für Lore, den Jungen, für die Alten. Als Weihnachtsmann wollte er seinen Buben überraschen. Er malte sich aus, wie er ankam, wie alles sein würde . . . Ich bin doch ein guter Kerl, sagte er sich. Er war gerührt über sich selbst. Er ließ alle Sachen zu sich nach Hause bringen. Er wollte sie sorgsam einpacken und am 24. in der Frühe wollte er reisen.

Als er mit seinen Einkäufen fertig war, war er auch

Sejmsitzung vom 3. Juni.

(Warschauer Sonderbericht.)

Der Sejm beschäftigte sich mit den laufenden Angelegenheiten, da die große und wichtige Behandlung des Budgets, bei der auch die Frage erörtert werden wird, in welcher Weise die Verlängerung der Ermächtigung für Grabski erfolgen soll. Heute wird mir von zuverlässiger Seite gesagt, daß alle Gerüchte unwahr seien, die der Piastenpartei die Absicht zuschreiben, die Regierung stürzen zu wollen. Unter den Interpellationen ist die des Domherrn Klinke zu nennen wegen der Liquidierung des deutschen Rudervereins „Germania“ in Posen.

Barlicki von den Sozialisten spricht über das Verhalten der Staatsanwaltschaft gegenüber dem Abgeordneten Stańczyk, dessen Auslieferung der Sejm beschlossen hatte, weil er angeblich bei den Meutereien in Krakau im November des vergangenen Jahres eine Rolle gespielt habe. Nun aber hat der Staatsanwalt den Abgeordneten Stańczyk noch wegen einer ganzen Reihe anderer Verbrechen zur Verantwortung gezogen, die bei der Beratung wegen der Auslieferung überhaupt nicht erwähnt waren (schwere Körperverletzung, Beschädigung fremden Eigentums, ja selbst wegen Mord). Barlicki bezeichnet das Verfahren als durchaus ungesetzlich, und der Sejmmarschall beschloß, die Interpellation zuzulassen, die dann in der nächsten Sitzung zur Behandlung kommen wird.

Dann liegt in 3. Lesung das Gesetz über die Pflichten und Rechte der Soldaten vor. Hierzu spricht Grünbaum vom Jüdischen Klub. Er geißelt die Zurücksetzungen, die jüdische Soldaten im Heere erfahren. So werden Juden von der Beschäftigung in den Bureaus ferngehalten. Es lag ein Befehl vor, der die Fernhaltung vom Glaubensbekenntnis abhängig macht. Diese Einschränkung beziehe sich nicht nur auf die Juden. Am 1. März dieses Jahres wurde ein geheimer Befehl ausgegeben, daß die Schreiber in den Aushebungskommissionen nicht aus den Minderheiten genommen werden dürfen. Ein solcher Befehl sei selbst in der russischen Armee nicht erlassen. Im Namen des Kriegsministers antwortete Oberst Petrzycki recht eigenartig. Er sagte einfach, die Regierung **habe nicht die Pflicht, den Untertanen die Gründe der Befehle mitzuteilen.**(!) Das Ministerium sei allein für die Ziele der Befehle verantwortlich. Wenn man aber frage, weshalb die Befehle geheim seien, so müsse er antworten, deswegen, **damit die Befehle den Antisemitismus in der Armee verbreiten.** (Merkwürdig! Dieses Geständnis von der antisemitischen Wirkung dieser Befehle!)

Dann kam die Eidesformel zur Sprache, bei welcher bekanntlich der Vorschlag gemacht und in zweiter Lesung zurückgewiesen wurde, für die Minderheiten die Ablegung des Eides in ihrer Muttersprache erfolgen zu lassen. Nun wurde beantragt, eine Eidesformel für solche Personen einzuführen, die keiner Glaubensgemeinschaft angehören. Der Priester Nowakowski erklärte, man dürfe nicht in Polen die Grundsätze Voltaires einführen. Es wurde dieser Antrag mit 138 gegen 137 Stimmen abgelehnt, wobei sich die merkwürdige Tatsache zutrug, daß der Abgeordnete Sliwiński im letzten Augenblick seinen Stimmzettel für den Antrag des besonderen Eides abgab und der Marschall die Annahme des Stimmzettels ablehnte. Sonst wäre Stimmengleichheit eingetreten und der Antrag angenommen worden. Von dieser Zufälligkeit hing also die Ablehnung der besonderen Eidesformel ab! Für den besonderen Eid hatte die Linke, die Nationale Arbeiterpartei und ein Teil der Piasten gestimmt.

Sehr große Aufregung entstand, als die Ukrainer einen Dringlichkeitsantrag wegen der Wegnahme ihrer orthodoxen Kirchen einbrachten. Chrucki begründete den Antrag. Vor dem Kriege hatten die Orthodoxen nicht weniger als 289 Kirchen in den Ostgebieten, davon wurden ihnen nicht weniger als 237 abgenommen. In den letzten Tagen wurden die Kirchen von Ubrodowicze, Stuzyca, Spas, Orchowok und Lukowok, alle im Cholmerland, weggenommen und den Katholiken übergeben. Die Erregung in der Bevölkerung war außerordentlich. In Ubrodowicze kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der polnischen Feuerwehr und der polnischen Polizei, die in der Prozession mitgingen. Es wurden hierbei viele Ukrainer zum größten Teil schwer verwundet. Ähnliche Vorgänge ereigneten sich in Stuzyca. An die blutigen Vorgänge Spas erinnert man sich noch. (Man muß sich wirklich fragen, ob die polnischen Behörden denn so kurzsichtig sind, wenn sie auf diese Weise die Erregung in den Ostgebieten nähren und die ohnedies schon gefährliche russische Agitation unterstützen.)

Ein wütendes Geschimpfe begann, als Chrucki seine Rede hielt. Da auf den Regierungsbänken niemand anwesend war, schrien die Ukrainer: „Wo ist die Regierung?“

Der Vizemarschall Gdyk sprach gegen den Antrag. Er ist zu gleicher Zeit Vorsitzender der Sejmkommission für die Büfettangelegenheiten. Es wurde ihm von seiten der Linken zugerufen: „Statt der Regierung antwortet das Bufett!“ Die Dringlichkeit des Antrags wurde unter großem Lärmen mit 138 gegen 127 Stimmen abgelehnt.

Eine Prügelei im Sejm.

Der Abgeordnete Marjan Marinowski, der sich überhaupt in letzter Zeit durch seine Gereiztheit auszeichnete, geriet in einen Wortwechsel mit dem Kommunisten Królikowski, dem er zur besseren Verständlichkeit mit der Faust mehrmals ins Gesicht schlug. Vielleicht ist der Grund der Gereiztheit darin zu suchen, daß Królikowski während der letzten Sitzung das Gesetz über die Pflichten und Rechte der Soldaten sehr scharf angriff und behauptete, die Soldaten hätten überhaupt keine Rechte. Ein anderes Mitglied der nationalen Arbeiter riß mit ein paar handfesten Griffen den aufgeregten Herrn zurück, wobei er ihm übrigens ebenfalls einen unsanften Stoß versetzte. Da der Vorgang sich in den Wandelgängen des Sejm abspielte, rief er begreiflicherweise große Sensation hervor.

Brief aus der Tschechoslowakei.

Von unserem ständigen —ng-Mitarbeiter.

Der neue Pakt von Rom. — Der Kampf um die Nachfolgeschaft auf dem Hradschin.

Das wichtigste Ereignis der Woche war unbedingt der Abschluß des Vertrages zwischen Rom und Prag, durch den die Tschechoslowakei in den Bündniskreis Italiens eingetreten ist. Man hat den Eindruck, daß Italien die Führerschaft in Europa an sich zu reißen bestrebt ist. Der Vertrag mit Südslawien war der erste Schritt hierzu, der Vertrag mit Spanien der zweite, der Vertrag mit Prag der dritte. Die beiden ersten Vertragsabschlüsse konnten noch dahin gewertet werden, daß sich Italien nur die Vorherrschaft im Mittelmeer sichern will. Das Bündnis mit der Tschechoslowakei läßt aber keinen Zweifel mehr übrig, daß Mussolini den Ehrgeiz besitzt, Frankreich in der europäischen Politik den Rang abzulaufen. Fast gleichzeitig mit den Verhandlungen Mussolinis mit Benesch fallen die Verhandlungen Mussolinis mit den belgischen Ministern, wobei eine Einigung zwischen dem italienischen und belgischen Standpunkt in der Reparationsfrage erzielt wurde. Bisher befand sich Belgien im Schlepptau Frankreichs. Dasselbe galt auch für die Tschechoslowakei. Italien scheint aber in letzter Zeit an Anziehungskraft gewonnen zu haben, während gleichzeitig Frankreich daran einbüßte, so zwar, daß Rumänien und Südslawien Verträge bzw. Bündnisse mit Frankreich ablehnen. Da einmal Dankbarkeit im Leben der Völker eine äußerst bescheidene Rolle spielt, hat sich auch Dr. Benesch keine grauen Haare darüber wachsen lassen, daß vielleicht der Pakt von Rom in Paris verschnupfen könnte, sondern zog es vor, lieber zwei Eisen im Feuer glühend zu erhalten. In Paris ist man keineswegs von der Annäherung der Tschechoslowakei an Italien entzückt, da man befürchtet, es könnte die Stärkung des italienischen Einflusses in der europäischen Politik auf deutscher Seite als eine Bresche gewertet werden, durch die Deutschland aus der Umklammerung durchschlüpfen könnte. Es wäre aber vollkommen verfehlt, in der italienischen Politik einen deutschfreundlichen Zug entdecken zu wollen. Mussolinis Haltung in der Entschädigungsfrage ist nur klüger und vorsichtiger als die Poincarés, vielleicht aber gerade deshalb noch gefährlicher. Diese Anschauung scheint sich auch in Frankreich bereits durchzubrechen, denn Painlevé, der kommende Mann in Frankreich, erklärte, das Schwergewicht liege nicht in der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes, sondern in der unmittelbaren Ausbeutung dieses Gebietes durch Frankreich. Diese Richtung entspricht aber ganz der bisherigen tschechoslowakischen Außenpolitik. Auch diese war stets bestrebt, eine Katastrophe zu vermeiden. Die Politik Poincarés, Deutschland bis zur Verzweiflung zu reizen, war gar nicht nach dem Geschmack des Dr. Benesch.

Die Prager Meldung, die besagt, daß das tschechoslowakische Außenministerium den Ausgang der französischen Wahlen als eine Entlastung empfand, dürfte richtig sein. Andererseits ist aber die Tschechoslowakei bestrebt, alle die Staaten, in denen Revanchegelüste emporkeimen könnten, politisch und wirtschaftlich niederzuhalten. Die Tschechoslowakei wünscht ein dauernd gefesseltes Deutschland, wünscht ein dauernd gefesseltes Ungarn. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Benesch den Pariser und römischen Vertrag abgeschlossen.

Letzterer richtet sich in erster Linie gegen Ungarn. Ungarn ohne jede Stütze dürfte der Tschechoslowakei kaum gefährlich werden. Ein von Italien gefördertes, vielleicht sogar ausgerüstetes Ungarn könnte aber der Tschechoslowakei bei ihrer ungünstigen geographischen Lage als Pufferstaat ungemütlich werden, zumal die Stimmung in der Slowakei Prag gegenüber eher noch schlechter ist, als sie Budapest gegenüber war. Solange nun die Adriafrage noch durch keinen Vertrag bereinigt war, war natürlich Italien bemüht, sich Ungarn als Rückendrohung für Südslawien angriffslustig zu erhalten. Diese Rückenversteifung Ungarns durch Italien paßte Herrn Benesch aber nicht in den Kram. Als es gelungen war, anläßlich der Belgrader Konferenz die Annäherung zwischen Südslawien und Italien herbeizuführen, hat Dr. Benesch sichtlich aufgeatmet, da nunmehr ein Protegieren Ungarns durch Italien für dieses wertlos geworden war. Der Vertrag von Rom sollte eine weitere Vereinsamung Ungarns herbeiführen, was Herrn Dr. Benesch auch anscheinend gelungen ist. Es wurde daher der Vertrag auch mit Ungarn als eine Niederlage der ungarischen Außenpolitik, wie „Pesti Naplo“ ausführt, empfunden.

Ansonsten enthält der Vertrag die üblichen Phrasen von der Aufrechterhaltung der Friedensverträge und der Konsolidierung Europas auf dieser Grundlage. Wir haben wiederholt dargelegt, wie sehr sich die tschechoslowakische Außenpolitik an den Strohhalm des status quo klammert, so daß es hieße, Eulen nach Athen tragen, wenn man darüber noch ein Wort verlieren sollte. Bemerkenswert ist lediglich die eigentümliche Aufmachung des neuen Vertrages, dem man die Etikette „Collaboration cordiale“ aufklebte. Falls die beiden Staaten es erkennen, daß ihre gemeinsamen Interessen bedroht sind oder bedroht werden können, verpflichten sich die beiden vertragschließenden Teile, gemeinsam sich über die zu treffenden Maßnahmen zur Verteidigung ihrer bedrohten Interessen zu beraten. Gleichzeitig aber wird betont, daß der Vertrag keine militärischen Klauseln enthalte, als ob sich bei einer solchen „Collaboration“ nicht militärische Abmachungen von Fall zu Fall von selbst verstünden.

Innenpolitisch ist nur das ekle Gezänk der Koalitionsparteien um die Nachfolgerschaft auf dem Hradschin, zu einer Zeit, da Präsident Masaryk noch am Leben ist, hervorzuheben. Um die künftige Präsidentschaft bewerben sich Kramarsch, Schwehla und Benesch. Um nun die Aussichten Kramarschs zu verringern, sucht man ihn dadurch herabzusetzen, daß man ihn als „Rakusak“, d. h. als schwarz-gelben Patrioten hinstellt, der sich an patriotischen Loyalitätserklärungen Kaiser Franz Josef gegenüber nicht genug tun konnte. Dagegen brechen die „Narodny Listi“ für Kramarsch als den „Märtyrer der Inlandsrevolution“ eine Lanze. Nach dem „Rude Pravo“ geht das ganze Gezänk um die Nachfolgerschaft auf dem Hradschin. „Der breit angelegte Kampf um die Nachfolgerschaft wird bereits seit der ersten schweren Erkrankung des Präsidenten Masaryk im Jahre 1920 geführt und steigert sich zu wahrer Wut, bei jeder, selbst der geringfügigsten Erkrankung des Präsidenten und bei jeder Reise, die er aus gesundheitlichen Gründen zu unternehmen gezwungen ist.“

Das Geständnis des Attentäters.

Der Attentäter Karl Jaworek, der sich nach dem Anschlag auf Bundeskanzler Dr. Seipel durch zwei Schüsse selbst schwer verletzte, wurde gestern im Hospital vernommen. Nach seiner Angabe befand er sich, da er nur als Kurzarbeiter beschäftigt ist, in Not, zumal er nicht nur für sich, sondern auch noch für seine Frau und zwei Kinder zu sorgen habe. Er habe wiederholt vernommen, daß der Bundeskanzler an dem Elend der breiten Massen Schuld trage und deshalb schon vor längerer Zeit den Entschluß gefaßt, ihn zu beseitigen. Am Sonnabend sei er in der Bezirkskrankenkasse in Baden gewesen und habe für seine Frau und seine Schwägerin Krankengeld abgehoben. Das Geld aber habe er für sich verbraucht und noch am selben Abend sei er nach Prag weitergefahren. Von dort sei er wieder am Sonntag nach Wien-Neustadt zurückgekehrt. Hier habe er den Abschiedsbrief an seine Frau geschrieben, in welchem er die Unterschlagung des Krankengeldes eingestanden, sowie die Absicht angekündigt habe, auf den Bundeskanzler einen Anschlag zu verüben. Er habe keineswegs die Absicht gehabt, noch am selben Tage das Attentat auszuführen. Erst als auf dem Bahnhof in Wien-Neustadt ein Eisenbahnbeamter ihn auf den Expreßzug aufmerksam machte und dabei erzählte, daß Bundeskanzler Dr. Seipel in dem Zuge nach Wien fahre, habe er den Entschluß gefaßt, nunmehr zur Ausführung der Tat zu schreiten, und sei dann in den Zug eingestiegen. Er stellt in Abrede, zur Mordtat beauftragt gewesen zu sein oder Mitschuldige zu haben. Er gibt zu, sozialdemokratisch organisiert zu sein, er habe sich jedoch seit längerer Zeit am politischen Leben nicht beteiligt, sondern sich ausschließlich gewerkschaftlich betätigt.

Der Attentäter.

Wien, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wie die Montagsblätter der Reichspost melden, hat die Polizei ermittelt, daß der Attentäter Karl Jaworek seit 1922 vor einigen Monaten aus Moskau zurückgekehrt ist. Er ist Mitglied der kommunistischen Partei. Eine Durchsuchung in der Wohnung des Attentäters in Pottenstein hat wichtige Aufzeichnungen zur Beschlagnahme gebracht. Jaworek war ferner, wie inzwischen festgestellt worden ist, früher Mitglied der österreichischen Volkswehr, wurde aber wegen kommunistischer Agitation vor 2 Jahren entlassen. Im Laufe des Vormittags sind 5 weitere kommunistische Verhaftungen in Wien erfolgt.

Nur die Einleitung?

Wien, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das „Extrablatt“ meldet: Infolge einer in der Wohnung des Attentäters Jaworek aufgefundenen Adressenliste, die die Wohnungen des Bundespräsidenten und zahlreicher prominenter Persönlichkeiten enthält, hat die Polizei eine besondere Bewachung des Bundespräsidenten und der Bundesminister angeordnet. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß noch Mittäter vorhanden sind und daß das Attentat auf den Bundeskanzler nur die Einleitung bestimmter Pläne der Kommunisten dienen soll.

In kurzen Worten.

Im Hardenprozeß, der jetzt in Berlin abgeschlossen wurde, ist der Angeklagte Ankermann zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, da das Gericht Mordversuch annahm.

*

Das am 31. Mai abgelaufene deutsch-spanische provisorische Handelsabkommen ist bis zum 30. Juni verlängert worden.

*

Der zurückgetretene Ministerpräsident Poincaré hat die Ernennung des Abgeordneten Wetterlé zum kanonischen Beater bei der französischen Botschaft beim Vatikan unterzeichnet.

*

De litauische Regierung hat an den Völkerbund eine Note gerichtet, in der sie gegen die militärischen Vorbereitungen Polens im Wilna-Gebiet protestiert.

*

Wie aus Madrid berichtet wird, wurden die Redakteure des kommunistischen Blattes „Bataille“, die Abgeordneten Campanyes und Casanova, und der Vorsitzende der Gewerkschaften in Barcelona auf Befehl des Direktoriums verhaftet und nach den Kanarischen Inseln deportiert.

*

Der Freundschaftsvertrag zwischen Schweden und der Türkei wurde in Angora unterzeichnet.

*

Die türkische Regierung hat beschlossen, sechs Unterseeboote zu erwerben.

*

Der außerordentliche Bevollmächtigte des Sowjet-Bundes, Osinski, hat in einer Audienz dem schwedischen König sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

---

ruhiger. Er sah nach der Uhr. Er hatte noch eine halbe Stunde Zeit.

Er schlenderte durch die Hauptstraße; sie war von Menschen überfüllt. Die Läden, weihnachtlich geschmückt, boten alles wieder in verschwenderischer Fülle an. Die Schaufenster waren umlagert, aber die Läden blieben leer. Wer konnte kaufen bei diesen Preisen! Redlich wußte schon auswendig, was das einzige Gespräch aller dieser Menschen war. Er hörte nicht mehr darauf, er ging weiter. Er kam am Kaffee „Lilie“ vorbei. Dort stand die Drehtür nicht still, es flog heraus und herein wie in einem Taubenschlag. Jetzt kannte er seine Bedeutung: es war die Schieberbörse. Der goldbetreßte Portier erkannte ihn sofort und grüßte tief. Redlich zögerte einen Augenblick. Sollte er hineingehen? Und dabei fiel ihm Martin Herms wieder ein. Wie mochte es ihm gehen? Er hatte nie wieder etwas von sich hören lassen, es sah dem hochmütigen Burschen ähnlich. Redlich pfiff vor sich hin. Nun, es war ihm auch recht. Er hatte es gewiß weiter gebracht wie dieser sogenannte Dichter.

(Fortsetzung folgt.)

Oskar Wilde (1854–1900).

Im Auslande schätzt man Oskar Wilde ungleich mehr als in seiner englischen Heimat, ähnlich wie es Byron einst erging. Doch werden häufig gerade diejenigen Werke Wildes am meisten bewundert, die es im Grunde genommen am wenigsten verdienen. Die scheinbare Größe seiner ersten Werke besteht in der Raffiniertheit seiner Methode, die Umwertung der Werte vorzunehmen, und in einer anfangs tatsächlich verblüffenden Geistreichelei. So kennzeichnet zum Beispiel seine beiden Dramen aus der höheren Gesellschaft „Lady Windermeeres Fächer“ (1892) und „Ein Weib ohne Ansehen (1894) ein Übermaß eigenwilliger, paradoxer und witziger Sentenzen, die für den Augenblick allerdings blenden, aber einen tieferen Eindruck nicht hinterlassen. Die beiden Dramen sind bei ihrem Überfluß an Sentenzen arm an Handlung und tieferen Gedanken.

Wilde, den flach veranlagte Gesellschaftskreise zu seinem eigenen Schaden geradezu vergötterten, vermaß sich als eitler Epikuräer und Verächter jeglichen Elends, jeden Zwanges und der Wahrheit, das Leben und dessen Normen selbstherrlich nach seinem Bilde zu gestalten. Dafür aber erwies er sich letzten Endes als zu schwach. Seine wirklichkeitsfremde Weltanschauung war nur ein schwacher Abglanz der Philosophie seines großen Zeitgenossen Nietzsche. Kein Wunder, daß ein Mensch, der erklärte: „Ich widerstehe allem, nur nicht der Versuchung“, im Gefängnis landen mußte. —

Im Kerker in Reading kam Wilde plötzlich zu der niederschmetternden Überzeugung, wie eitel es ist, über Leben und Menschheit zu urteilen, wenn man „nie sein Brot mit Tränen aß“. Der Epikuräer mußte dort den ganzen Jammer, das Elend der Menschheit kennen lernen, um seine hervorragendsten Werke „De profundis“ (im Zuchthaus geschrieben) und die tragische „Ballade vom Kerker in Reading“ dichten zu können. Sie zählen zum Tiefsten und Ergreifendsten, was Dichtergabe je geschaffen hat und begründen Wildes Unsterblichkeit. Er, der früher erklärte, er habe für alles Mitgefühl, nur nicht für das Leiden, schildert nunmehr nach dem unausbleiblichen Zusammenbruch seiner hohlen Weltanschauung menschliches Leid mit so tiefem Verständnis, wie kaum ein zweiter.

*

Die folgenden Zitate sollen die Richtung der Werke aus seiner ersten Schaffensperiode kennzeichnen, die ihm den Beinamen „Lord Paradox“ eingetragen hat:

„Frauen, die ihren Männern trauen, sind leicht zu erkennen. Sie sehen gewöhnlich sehr unglücklich aus.“

*

„Kein Mann sieht so aus, wie er in Wirklichkeit ist.“

*

„Es ist dumm, die Menschen in gute und böse zu teilen. Es gibt nur langweilige und interessante.“
(Aus „Lady Windermeeres Fächer“.)

*

„Wir sollten immer lieben, und deshalb uns niemals verheiraten.“

*

„Häßliche Frauen sind immer auf ihre Männer eifersüchtig, — die hübschen haben dafür keine Zeit übrig, sie sind nämlich eifersüchtig auf die Männer häßlicher Frauen.“

*

„Erinnerung bei einer Frau ist der Beginn der Nachlässigkeit; ob sie sie besitzt oder nicht, ist leicht am Hut zu erkennen.“

*

„Die Geschichte der Frau ist die Geschichte der ewigen Tyrannei der Schwachen über die Starken.“

*

„Außer der Leidenschaft gibt es nichts Ernsthaftes.“
(Aus „Die Frau ohne Ansehen.“)

*

„Das Glück eines Ehegatten hängt von den Frauen ab, mit denen er sich nicht verheiratet.“ (Aus „Bunbury.“)

Dr. Lück.

Ein neues Mittel gegen Tuberkulose.

Von Dr. Dahmer, dem ehem. Posener Arzt.

Dr. Dahmer, der bei uns in Posen bereits einen bedeutenden Namen hatte und durch die Verhältnisse zum Abwandern gezwungen wurde, wird jetzt in den Mittelpunkt des Tages gestellt. Er hat eine Erfindung gemacht, die sich zu einem Segen der Menschheit auswachsen kann. Wir lesen in der Wiener Zeitung „Die Stunde" folgenden Bericht:

„In Berlin wird seit einigen Monaten der Name des Sanitätsrats Dr. Dahmer, des Inhabers und Leiters einer Privatklinik, häufig genannt. Auch Wiener Ärzte, die vor kurzem aus Berlin zurückgekehrt sind, erzählen von den verblüffenden Resultaten eines neuen, von Dr. Dahmer erfundenen Mittels gegen Lungenkrankheiten, **„Plasmolysin" genannt, das vielen Hunderten Menschen das Leben gerettet hat.**

Wir haben einen Wiener Arzt aufgesucht, der Gelegenheit hatte, die Heilmethode Dr. Dahmers eingehend zu studieren, und erhielten von ihm folgende Auskunft:

Sanitätsrat Dr. Dahmer — er steht im 60. Lebensjahr — hat nach langjähriger harter Arbeit vor kurzem ein Mittel entdeckt, das vermöge seiner Zusammensetzung nach den vorläufigen Erfahrungen **geeignet erscheint, in der bisherigen Methode der Behandlung der Lungen- und Kehlkopftuberkulose ganz neue Wege zu weisen.**

Diese Methode besteht in der Inhalation zweier Mittel, von denen jedes einzelne seine bestimmte Wirkung übt. Das erste wirkt auf die Muskulatur der Luftröhre und deren kleinste Verzweigungen, löst den Eiter und lockert die die Bazillen umgebende Fettwachshülle. Die Inhalation dieses ersten Mittels nimmt einige Tage in Anspruch, worauf von dem zweiten Mittel, Plasmolysin II, Gebrauch gemacht wird. Dieses wirkt nicht nur antiseptisch-chemotherapeutisch, das heißt, ohne die gesunden Körperteile zu schädigen, sondern erreicht auch den Zweck, die jeder Zelle innewohnende Eigenschaft, Abwehrstoffe (Alexine) zu bilden, katalyptisch zu wecken und auf diese Weise aktiv immunisierend zu wirken. Das Präparat enthält nämlich radioaktive Stoffe, die den Lebensvorgang in der Lungenzelle fördern, und zwar dermaßen, daß die Einwirkung der Bazillen und Giftstoffe (Toxine) unschädlich gemacht wird.

Das Präparat enthält aber auch Stoffe, die auf den Bazillus selbst einwirken, die ihn umgebende, von dem ersten Mittel bereits gelockerte Fettwachshülle durchdringen und den Bazillus töten. Die bisherigen Experimente des Sanitätsrates Dr. Dahmer zeitigten

Wunderwirkungen.

Selbst verzweifelte Fälle mit beiderseitiger Kavernenbildung konnten geheilt werden. In verhältnismäßig kurzer Zeit gelang es, exsudative Prozesse in produktive umzuwandeln, was schließlich das Ziel und Bestreben jeder Tuberkulosebehandlung ist. Die Inhalation des Plasmolysin ist aber eigentlich nur ein Teil der neuen Behandlungsmethode. Im Anschluß an die Inhalationen wird der Patient auch einer physikalischen Therapie unterzogen und ihm seine Lebensweise vorgeschrieben.

In Anbetracht der verhältnismäßig kurzen Zeit, in welcher das neue Verfahren in Verwendung steht, ist es wohl angebracht, ein abschließendes Urteil noch abzuwarten. Jedenfalls ist man berechtigt, anzunehmen, daß in der neuen Behandlungsmethode eine weitere brauchbare Waffe gegen die furchtbarste Volkskrankheit gefunden wurde.

Wie wir erfahren, wird Sanitätsrat Dr. Dahmer über seine Heilmethode und über das von ihm erfundene Heilmittel Plasmolysin Ende Mai auf dem Tuberkulosetag in Koburg einen ausführlichen Vortrag halten. Bei dieser Gelegenheit wird er auch das Geheimnis der Zusammensetzung seines Wundermittels lüften, um den Fachkreisen die Untersuchung und Überprüfung des Mittels zu ermöglichen. Die Experimente mit dem neuen Heilmittel werden selbstverständlich auch an den Wiener Kliniken aufgenommen werden. Wir werden nicht verabsäumen, über die Resultate zu berichten."

Aus Stadt und Land.

Posen, den 5. Juni.

Abschluß der Generalkirchenvisitation.

Nachdem in 14 Tagen sämtliche 20 Pfarrgemeinden des Kirchenkreises Lobsenz besucht und zusammen 30 Gottesdienste abgehalten waren, fand am 2. d. Mts. in Weißenhöhe unter der Leitung des Generalsuperintendenten eine Konferenz der Visitationskommission mit sämtlichen Geistlichen des Kirchenkreises statt, in der die gemachten Erfahrungen ausgetauscht wurden, im besonderen auch der Generalsuperintendent den Gemeinden den herzlichen Dank für die freundliche und festliche Aufnahme aussprach. Die Visitation klang aus in einem Schlußgottesdienst, in dem der Generalsuperintendent predigte und in einer Abendmahlsfeier, die Superintendent Starke abhielt. Auch die Pfarrfrauen und andere Gemeindeglieder aus den Gemeinden des Kirchenkreises nahmen an dem Schlußgottesdienst teil.

Auf das Ganze gesehen, bedeutete die Generalkirchenvisitation eine festliche Anregung für die besuchten Gemeinden, deren zahlreiche Teilnahme bewies, wie freudig der Besuch aufgenommen wurde. Gott gebe, daß die Visitation nicht bloß ein Platzregen war, der über die Gemeinden hinwegrauschte, sondern daß bleibende Wirkung und Frucht davon zurückbleibe.

Ferienkinder! Landaufenthalt! Ferienkinder!

Da unser erster Aufruf Anfang Mai uns bis jetzt leider nur wenige Angebote von Ferienpflegestellen für unsere Volksschulkinder im Juli und August gebracht hat, so wenden wir uns noch einmal an alle, die ein Herz für unsere deutsche Jugend haben und in der Lage sind, Ferienkinder aufzunehmen, mit der Bitte, uns auch in diesem Jahre wieder zu helfen.

Dabei bitten wir folgende Punkte zu beachten:

1. Die Angebote müssen so bald als möglich, spätestens bis zum 15. Juni, in unseren Händen sein.
2. Genaue Adresse der Pflegeeltern: Wohnort, Post-, Bahnstation und Bahnstrecke.
3. Angabe der Schlafstätte des Ferienkindes und der Arbeiten, zu denen es herangezogen werden soll, oder der Erholungsmöglichkeit, die ihm gewährt wird.
4. Angabe des Alters, des Geschlechts und der Religion des gewünschten Kindes.

Rektor Gutsche, Posen, ul. Garncarska. 7.

Eine Maßnahme zur Durchführung der Hundesperre

Das Starostwo Grodzkie bittet uns um Veröffentlichung folgender Mitteilung:

„Es ist beobachtet worden, daß nicht alle Hundebesitzer sich den Vorschriften der Verordnung des Starostwo Grodzkie vom 15. Mai fügen und ihre Hunde nicht anbinden oder an der Leine führen. Deshalb hat das Starostwo Grodzkie die Posener Abdeckerei in Główno beauftragt, alle Hunde, die frei auf den Straßen umherlaufen, einzufangen. So eingefangene Hunde können den rechtmäßigen Besitzern erst nach einer Frist von 3 Monaten von der Abdeckerei in Główno herausgegeben werden, und zwar nach Zahlung aller Unkosten, also: 5 Złoty für Einfangen des Hundes, 50 Groschen täglich für Futter, ferner die Kosten für ein Zeugnis des Kreistierarztes. Außerdem trifft den Besitzer des betreffenden Hundes eine Polizeistrafe. Die eingefangenen Hunde, deren Besitzer sich nicht nach einem bestimmten Zeitraum melden, werden getötet."

Neue Liquidierungen.

Nach einer Bekanntmachung im „Monitor Polski" werden nachstehend aufgeführte Landgüter deutscher Bodeninhaber zur Liquidation gestellt:

Der Großgrundbesitz des Fürsten Adolf von Bentheim-Tecklenburg, gelegen im Kreise Kulm. Es handelt sich um das Hauptgut Stablewitz, das Gut Goloty mit einem Flächeninhalt von 1255,04,16 Hektar und die Güter Zeigland (573,31,98 Hkt.), Baumgart (199,59,73 Hkt.), Bolumin (1018,12,16 Hkt.), insgesamt um einen Flächengehalt von 3046,09,03 Hektar. Die aufgeführten Liegenschaften sind innerhalb von drei Monaten, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung gerechnet, zu verkaufen.

Das Liquidationskomitee hat ferner, nach einer Bekanntmachung in Nr. 121 des „Monitor Polski" vom 27. Mai beschlossen, die Bestimmungen der Liquidierung auf folgende 44 Liegenschaften anzuwenden:

Ansiedlung Dembowalonka im Kreise Briesen, Besitzer Moritz Lenz; Ansiedlung Długa Goslina im Kreise Obornik, Eigentum des Landwirts Georg Müller; die in der gleichen Ortschaft gelegene Siedlung des Besitzers Friedrich Müller; in Gr.-Sibsau, Kreis Schwetz, das Ansiedlungsgrundstück des Landwirts Johann Kurz und seiner Ehefrau Karoline; die Siedlung des Ansiedlers Gustav Jadischke in Dembowalonka, im Kreise Briesen; die Siedlung Długa Goslina des Ansiedlers Christian Heinrichsmeier; in Grabowa im Kreise Wirsitz die Besitzung des Landwirts Peter Hauser; die Ansiedlung Toninek im Kreise Wirsitz, Eigentümer August Heise; die Ansiedlung Dembowalonka, Kreis Briesen, Besitzer Friedrich Harloß; in Sobiersiernia im Kreise Witkowo die Siedlung des Landwirts August Fasselmann und seiner Ehefrau Friederike, geb. Niemeyer; in Toninek im Kreise Wirsitz die Siedlung des Ansiedlers Rudolf Frick; die Siedlung Maniewo im Kreise Obornik, Eigentümer Heinrich Feldkamp und seine Ehefrau Anna geb. Boscher; die Ansiedlung Wymyslow im Kreise Gostyn, Besitzer Hermann Fest; das Ansiedlungsgrundstück Elzbietkowo, Kreis Koschmin, Besitzer August Bredemeier; die Ansiedlung Unislaw, im Kreise Kulm, Eigentümer Artur Barknowitz; in Daleszin im Kreise Gostyn die Ansiedlungsliegenschaft des Besitzers August Popp; die Ansiedlung Daleszyn im Kreise Gostyn, Eigentümer Paul Böthgen; die in der gleichen Ortschaft gelegene Siedlung des Ansiedlers Hermann Bierbaum; ebendort die Siedlung des Hermann Böthgen; in Czarnylas im Kreise Adelnau die Siedlung des Ansiedlers Wilhelm Dreschner und seiner Ehefrau Pauline, geb. Hofmann; in Długa Goslina im Kreise Obornik die Liegenschaft des Siedlers Friedrich Denker; ebendort die Besitzung des Ansiedlers Friedrich Simon; in dem gleichen Siedlungsorte das Anwesen des Siedlers Friedrich Conz; die Siedlung Klepary im Kreise Inowrocław, Eigentümer Rudolf Kitzmann; in Maniewo, Kreis Obornik, die Liegenschaft des Ansiedlers Hermann Krämer; die Siedlung Tlukawy im Kreise Obornik, Eigentümer Johann Martin Lechelt; in Kaldus im Kreise Kulm die Siedlung der Besitzerin Pauline Lutz; die Ansiedlung Grabowo im Kreise Wirsitz, Besitzer Julius Ewert und seine Ehefrau Wilhelmine, geb. Kornblum; in Schwetz-Ostrow im Kreise Schwetz, Besitzer Eduard Zakschewski; das Anwesen Blugowiec im Kreise Wirsitz, Besitzer Johann Zaske und seine Ehefrau Auguste geb. Kannenberg; die Siedlung Wiktorowo im Kreise Wirsitz, Eigentümer Konrad Schröder; die Ansiedlung Ulanowo im Kreise Gnesen, Besitzer Michael Vollmer; die Liegenschaft Grabowo im Kreise Wirsitz, Besitzer Johann Jakob Bendzins; das Anwesen Gr.-Sibsau im Kreise Schwetz, Besitzer Johann Schick und seine Ehefrau Wilhelmine; in Czaple, Kreis Briesen, die Liegenschaft des Besitzers Philipp Stallmann; ebendort die Siedlung des Landwirts Friedrich Roller; in Tuczki im Kreise Soldau das Anwesen des Ferdinand Reiter; in Długa Goslina, Kreis Obornik, Eigentümer August Röthemeyer; die Liegenschaft Wiktorowo im Kreise Wirsitz, Besitzer Ferdinand Radke; in Długa Goslina das Anwesen des Besitzers Wilhelm Röhl; die Liegenschaft Krostkowo, Kreis Wirsitz, Besitzerin Helene Quandt; in Długa Goslina Besitzer Wilhelm Lentz.

Diese Anwesen sind nach der Bestimmung des Komitees innerhalb sechs Wochen vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im „Monitor Polski" — das ist vom 27. Mai an gerechnet — zu verkaufen. Als Käufer kommen nur Personen in Frage, die die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, Berufslandwirte sind und die Grundstücke nicht aus Spekulationsgründen erwerben wollen. Nach den Bestimmungen darf der Kauflustige nicht „polenfeindlich" sein.

✕ **Verlegung der Diensträume der Deutschen Paßstelle in Posen.** Die Deutsche Paßstelle in Posen ist wegen Umzugs am Dienstag, dem 10. d. Mts., geschlossen. Ab Mittwoch, dem 11. d. Mts., befindet sich die Deutsche Paßstelle im Dienstgebäude des Deutschen Generalkonsulats, Zwierzyniecka 15 II (fr. Tiergartenstraße). Empfangsstunden an Wochentagen von 9—1 Uhr, an Sonn- und Feiertagen nur in dringenden Fällen von 11—12 Uhr. Fernsprecher Nr. 6622 oder 6748.

✕ **Die Aufwertungsverordnung vom 14. Mai d. Js.** ist für unsere Leser, wie wir aus zahlreichen Anfragen ersehen, von so großem Interesse, daß wir deren Abdruck im Wortlaut für notwendig erachten. In der heutigen Ausgabe beginnen wir mit dem Abdruck. Unsere Leser werden gut tun, sich diese Verordnung aufzubewahren.

Neuer Handelskammersyndikus. Zum Syndikus der Bromberger Handelskammer ist an Stelle des Herrn Dr. Henner-Manstein Herr Marjan Buczkowski gewählt worden, der sein Amt am 15. Mai angetreten hat.

Ein neues Kampfmittel gegen einen Waldschädling, die „Nonne", wird zurzeit in den Wäldern der Tucheler Heide angewandt. Aus Amerika sind große Mengen einer bestimmten Fliegenart eingetroffen, die ein erbitterter Feind des so gefürchteten Forstschädlings ist. Die Nonnenplage hat in den Kiefernwäldern der Heide ungeheuren Schaden angerichtet, der nun auf diese Weise wenigstens eingedämmt werden soll. Die amerikanische Fliege ist den einzelnen Oberförstereien zur Verwendung zugeteilt worden.

✕ **Wiedererscheinen einer Fachzeitschrift.** Die Powszechna Gazeta Fryzjerska (Allgemeine Friseurzeitung), das Organ der hiesigen Friseure und Perückenmacher, wird vom 1. Juli ab wieder erscheinen. Wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten hatte das Blatt vor 5 Monaten sein Erscheinen eingestellt, nachdem 11 Nummern erschienen waren. Es ist eine Monatsschrift.

✕ **Der Streik in den Ziegeleien**, der seit dem 7. Mai dauerte, ist am 3. Juni beendet worden. Die Arbeiter haben die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Nur der Ziegeleibesitzer Dr. Szymański hat, entsprechend der Entscheidung des Schiedsgerichts der Wojewodschaft, den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 3 Groschen für die Stunde bewilligt.

✕ **Die hiesigen deutschen Banken** bleiben am Pfingstsonnabend geschlossen.

Kantvortrag. Der nächste Kantvortrag des Superintendenten Rhode findet des Pfingstfestes wegen nicht am Montag, sondern erst Donnerstag, den 12. Juni, 8 Uhr abends, statt. Im ganzen sind 8 Vorträge in Aussicht genommen, so daß außer diesem, dem sechsten, noch zwei weitere folgen werden, beide an den nächsten Montagen.

Deutscher Theaterverein. Die Theaterleitung bittet uns, mitzuteilen, daß am morgigen Freitag, abends 8 Uhr, im Café Siebert, unter Leitung der Frau Lina Starke eine Besprechung stattfindet, in der u. a. über demnächst aufzuführende Werke und ein Gastspiel der Bromberger Deutschen Bühne beraten werden soll.

✕ **Im Palasttheater** geht seit Dienstag nachmittag ein Film unter dem Titel „Dauphin von Frankreich" über die Leinwand, der die Zuschauer mitten in die Revolution im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts mit all' ihrem schrecklichen Drum und Dran versetzt. Nicht ohne innere Bewegung sieht man den jugendlichen französischen Thronfolger, den Sohn König Ludwigs XVI. und seiner Gemahlin Marie Antoinette, den barbarischen Mißhandlungen des rüden Schusters Simon ausgesetzt, in dessen Hände das Schicksal des Dauphin zu legen der Konvent für gut gehalten, an dessen Spitze ein Scheusal wie Robespierre stand, der später selbst ein Opfer der Guillotine wurde und so erntete, was er gesäet hatte. Der Film ist in den Einzel-, wie Massenszenen als ein ausgezeichnetes Werk der Regie anzusprechen, die Rollen des jugendlichen Titelhelden des Schusters Simon, der hoheitsvollen Marie Antoinette und des Scheusals Robespierre sind in den besten Händen. Alles in allem ein Film, der die Beachtung voll verdient, die ihm aus den Kreises des Publikums zuteil wird.

Der Zirkus Proserpi trifft für ein kurzes Gastspiel hier ein und gibt übermorgen, Sonnabend, abends 8 Uhr seine Eröffnungsvorstellung.

✕ **Verschwendung.** Heute früh 5½ Uhr brannten auf der ul. Kopernika (fr. Kopernikusstr.) noch die Straßenlaternen. Wir und mit uns sicherlich viele andere Steuerzahler können es nicht fassen, daß man heutzutage in den verschiedensten Stadtteilen am hellen Tage brennende Straßenlaternen antrifft. Das Gas ist so teuer, daß man es nicht noch obendrein am Tage zu verschwenden braucht.

Amtlicher Bericht über einen Eisenbahnunfall. Am Sonntag, 1. d. Mts., um 8 Uhr 40 Min. wurde der aus Posen kommende Personenzug Nr. 413 bei der Durchfahrt des Rangierbahnhofes Danzig von Gleis 2 nach Gleis 6 auf noch ungeklärte Weise abgelenkt und fuhr auf die in Gleis 6 stehenden Güterwagen auf. Hierbei entgleisten 2 Personenwagen des Zuges, die Lokomotive und 3 Wagen wurden stark, 5 Wagen leicht beschädigt. Der Lokomotivheizer Butlewski aus Dirschau hat eine leichte Knieverletzung erlitten. Verletzungen von Reisenden sind nicht bekannt geworden.

Polizeiliche Lebensmittelkontrolle. Im Mai d. Js. wurden an 92 Stellen Milchrevisionen vorgenommen. 8 Milchproben wurden, da sie gefälscht zu sein schienen, zur chemischen Untersuchung gesandt. Auf Sauberkeit bzw. Schädigung der Gesundheit wurden 2242 Fleischverkaufsstellen, 38 Fleischerwerkstätten, 104 Fischverkaufsstellen, 84 Lebensmittelgeschäfte, 14 Konditoreien, 12 Molkereien, 46 Backstuben und 33 Friseurateliers untersucht. Auf Grund dieser Untersuchungen wurden 5 Milchhändler zur Bestrafung aufgeschrieben. Dasselbe geschah mit 6 Ladenbesitzern, da sie die Preise an den Waren nicht angebracht hatten, mit acht Gastwirten wegen Unsauberkeit ihrer Betriebe, mit 2 Milchhändlern wegen unerlaubten Verschlusses der Milchkannen, mit 2 Konditoreibesitzern wegen Unsauberkeit, mit 6 Händlern wegen unerlaubten Verkaufs von Kurzwaren auf den Märkten. 31 Kilogramm Schweinefleisch, das nicht untersucht war, wurden beschlagnahmt und 96 Liter Milch, die gefälscht war, wurden vernichtet.

✕ **Eine ganz neue Diebesspezialität in Posen** sind Kabeldiebstähle, die seit etwa Monatsfrist an der Caponnière, und zwar unter der Holzüberführung, festgestellt wurden. Zuletzt wurden 13 Meter Kabeldraht gestohlen. Als des Diebstahls verdächtig wurde heut ein aus der Gegend von Lemberg stammender 16jähriger Bursche namens Bolesław Maciejewski festgenommen.

✕ **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einer Wohnung Lazarusmarkt 2 durch Einbruch 3 Dtz. weiße und 2 Dtz. bunte Taschentücher, 2 Dtz. Kinderkleider, 70 Kartons Nähseide, 4 Dtz. Socken, 4 Dtz. Damenhandschuhe, 5½ Dtz. Herrenhandschuhe, Florstrümpfe in größeren Mengen, 3 Oberhemden im Gesamtwerte von 2 Milliarden; aus einem Laden an der ul. Szkolna 13 (fr. Schulstraße) 8 Sommerkleider, 8—10 Damentuchmäntel, 1 schwarzes Jackett mit seidenem Futter im Werte von 2 Milliarden; aus einer Wohnung am Plac Działowy 9 (fr. Kanonenplatz) ein goldener Damenring im Werte von 1000 Złoty; von einem auf dem Alten Markt stehenden Wagen aus dem Kreise Schroda ein Paket mit einem neuen Anzug im Werte von 74 Złoty.

✕ **Polizeilich festgenommen** wurden vorgestern und gestern 17 Betrunkene, 10 Dirnen, 9 Diebe, 2 Bettler, 3 Frauenzimmer wegen Unzuchtverdachts, 3 Personen wegen Herumtreibens.

---

* **Berent**, 4. Juni. Als kürzlich der Arzt Dr. Homerczyk von hier um Mitternacht mit zwei Landleuten sich auf einer Berufsfahrt über Land befand, bemerkten die drei Männer, daß zwei Personen Versuche machten, auf den Wagen zu springen. Der Fuhrmann trieb sofort die Pferde zu schnellster Gangart an und es gelang, an den Wegelagerern vorbeizukommen. Darauf gab der eine der Banditen einen Schuß auf den Wagenlenker ab, der jedoch fehlging und nur die Wagenlaterne zertrümmerte.

* **Bromberg, 4. Juni.** Zwei Selbstmordversuche wurden gestern hier unternommen: Eine Sittendirne, Maria Ramla, versuchte sich mit Lysol zu vergiften. Sie wurde dem Stadtkrankenhause zugeführt. — Abends gegen 6 Uhr sprang der Arbeiter Piotr Deluga aus Posen von der Danziger Brücke aus in die Brahe. Er wurde aber lebend herausgezogen. Als Grund des Selbstmordversuches wurde von ihm Arbeitslosigkeit und unglückliche Liebe angegeben.

* **Gollub**, 4. Juni. Bei Gollub fiel kürzlich ein vierjähriger Knabe in den reißenden Drewenzfluß. Der Tischler Belka sprang in die Flut und versuchte das Kind zu retten. Dabei wurde er von Krämpfen befallen und ging unter. Inzwischen hatte sich am Ufer eine große Menschenmenge aus der nahen Stadt eingefunden, darunter auch mehrere Polizeibeamte. Beherzte Männer gingen sofort an das Rettungswerk. Leider konnte nur das Kind dem Strudel lebend entrissen werden. Der Mann war inzwischen in der Tiefe versunken.

---

* **Warschau, 1. Juni.** Der heiße Himmelfahrtstag forderte vier Opfer, die in der Weichsel gebadet hatten und dabei ertranken, und zwar: Henryk Dirda, Witold Kochanowski, Roman Smigielski und ein 18–20jähriger Unbekannter.

Aus dem Gerichtssaal.

□ **Posen, 4. Juni.** Vor der 6. Strafkammer hatte sich der Kellner Oskar Pohl wegen unerlaubten Handels mit ausländischen Valuten zu verantworten. Im vergangenen Winter hatte die Polizei eine Razzia nach Schwarzbörsianern im Café Esplanade vorgenommen. Dabei wurde bemerkt, daß ein Gast sich dem Pohl plötzlich näherte und seine Zeche beglich. Das erweckte Verdacht. Pohl wurde durchsucht, und es wurden bei ihm 12 Dollar gefunden, die er von dem Gast erhalten hatte. Das Gericht verurteilte den geständigen Pohl zu 100 Złoty Geldstrafe und Beschlagnahme der 12 Dollar.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

O. M. in R. Die Aufwertungsberechnung von Sparkassenguthaben nach dem neuen Gesetz müssen wir aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen. Die Beantwortung der übrigen Fragen können Sie selbst vornehmen, sobald wir das Aufwertungsgesetz im Wortlaut veröffentlicht haben werden, was in den nächsten Tagen der Fall sein wird.

E. H. in R. 1. Uns ist keine Bestimmung bekannt, nach der Windmühlen nicht unter das Gesetz über die Sonntagsruhe fallen. Sie werden demnach die Strafe bezahlen müssen. 2. Sie werden auch der kurzfristigen Vorladung Folge leisten müssen.

G. Sch. in J. 1. Die ziffernmäßige Aufrechnung von Hypotheken nach dem neuen Gesetz lehnen wir ab. Wir müssen Sie schon auf die betreffende Verordnung selbst verweisen, mit deren Veröffentlichung wir in der heutigen Ausgabe beginnen. 2. Das können wir Ihnen nicht sagen.

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Handel.

♂ **Ein wichtiges Hilfsmittel für den Zollverkehr.** Bei der bei vielen Waren erforderlichen Zollzahlung in Goldmünzen ergeben sich Schwierigkeiten bei der Umrechnung, da bei dem Mangel an Goldgeld Goldmünzen verschiedenster Art verwendet werden. Daher ist die Herausgabe eines Büchleins von erheblichem Wert, das Vergleichstabellen über die Wertverhältnisse des Goldfrank zu anderen Goldmünzen enthält. Sämtliche im Verkehr befindlichen Goldmünzen sind hierbei auf den Goldfrank umgerechnet. Die Benutzung des Büchleins wird erleichtert dadurch, daß sämtliche Überschriften in deutscher und polnischer Sprache gegeben sind. Das Büchlein ist von Mankowski in Danzig bearbeitet und für 0,60 Gulden oder Zloty vom Verlag „Der Osten" in Danzig zu beziehen.

♂ **Zum Schutze der südslawischen Holzindustrie** wird, wie wir aus Belgrad erfahren, die Einschränkung der Ausfuhr von Rundholz mit Aussicht auf Erfolg bei der Regierung angestrebt.

♂ **Die diesjährige Agramer Messe** stand unter dem Druck der schweren Wirtschaftskrise, hatte aber immerhin einige Erfolge zu verzeichnen. Die größten Umsätze entfielen mit 45 Millionen Dinar auf Maschinen und Metalle, dann kommen Textilwaren mit rd. 23⅓ Millionen, Fabrikbetriebsmittel mit rd. 17½ Millionen, die Lederindustrie mit 16½ Millionen, Elektrotechnik sowie Holz und Holzwaren mit je 13 Millionen. Die Zahl der Aussteller war von 447 im Vorjahre auf 674 gestiegen. Zahlenmäßig am stärksten war die Textilbranche vertreten. Unter den ausländischen Ausstellern stand Frankreich mit 118 an erster, Deutschland mit 47 an dritter Stelle.

Industrie.

⊙ **In der polnischen Naphthaindustrie** klagt man, wie uns aus Jaslo berichtet wird, noch immer über ungenügenden Absatz auf dem Binnenmarkte. Dabei gestaltet sich beim Verkauf nach den Nachbarstaaten der Kampf gegen die amerikanische, russische und rumänische Konkurrenz äußerst schwierig. Um einigermaßen die durch den Stillstand auf dem heimischen Markte, die erhöhten Steuern und herabgesetzten Preise entstehenden Verluste auszugleichen und die Arbeiterzahl nicht noch weiter einschränken zu müssen, sucht man möglichst große Rohstoffmengen in Halb- und Fertigfabrikate umzuarbeiten. Infolge der Vermögensabgabe und der Zeichnungen auf die Aktien der Polnischen Bank haben sich eine Anzahl von Betrieben veranlaßt gesehen, die schon für die nächste Zeit vorgesehenen Neuinvestitionen weit hinauszuschieben.

⊙ **Von der rumänischen Eisenindustrie.** Während es Rumänien vor dem Kriege an einer nennenswerten Metallindustrie fast gänzlich mangelte und Eisenhütten dort wegen des Fehlens von Eisenerzlagern und Kokskohle gar nicht vorhanden waren, hat es durch die Angliederung Siebenbürgens mit seiner ziemlich hoch entwickelten Hütteninduſtrie die Vorbedingungen für die Entwicklung einer weiter verarbeitenden Eisenindustrie erlangt. Jetzt besitzt Großrumänien nicht nur Eisenhütten und Stahlwerke, sondern auch eine Anzahl Fabriken für den Bau von Kesseln und Maschinen, Eisenkonstruktionen, Kleineisenwaren, Eisengießereien, Werkzeugfabriken usw. Angaben neueren Datums liegen zwar nicht vor, doch kann man die Zahl der metallurgischen Unternehmungen, die zusammen annähernd 40 000 Arbeiter beschäftigen, auf jedenfalls über 300 annehmen, wenn man die Statistiken der Jahre 1919 und 1920 zugrunde legt und die allgemeine industrielle Entwicklung des Landes seit dieser Zeit berücksichtigt. Trotzdem kann der Eisenverbrauch Großrumäniens, der, wenn er verhältnismäßig der gleiche wäre wie 1913 derjenige Kleinrumäniens, auf jährlich ca. 600 000 Tonnen geschätzt werden müßte, im Lande selbst nicht gedeckt werden. Allerdings ist in Betracht zu ziehen, daß der gegenwärtige Verbrauch infolge der immer noch ungünstigen finanziellen Lage des Staates und insbesondere der Zurückhaltung von Investitionen im Eisenbahnwesen in Wirklichkeit sehr viel geringer ist. Immerhin ist anzunehmen, daß mit der zunehmenden Kaufkraft des Bauern, der immer unabweisbarer werdenden Notwendigkeit, neue Verkehrslinien anzulegen, moderne Gas-, Wasser-, Kanalisationsanlagen usw. in den größeren Städten vorzunehmen, der rumänische Eisenmarkt bald wieder aufnahmefähiger für größeren Import von Eisen und Eisenerzeugnissen werden wird. Vor dem Kriege wurden diese hauptsächlich von Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, England und Nordamerika geliefert. Seit 1920 hat sich jedoch auch die polnische Konkurrenz ziemlich stark bemerkbar gemacht, besonders nach dem Zeitpunkt der Einverleibung Ostoberschlesiens in die polnische Republik, was um so begreiflicher ist, als gerade die oberschlesischen Werke früher zu den Hauptlieferanten Kleinrumäniens gehörten. Hierbei muß man freilich eine gewisse Einschränkung insofern machen, als die rumänischen Statistiken nicht mit völliger Sicherheit erkennen lassen, ob die eingeführten Eisenwaren wirklich polnischer Herkunft gewesen sind oder nur auf dem Transitwege über Polen befördert wurden. Genannt werden vor allem Roheisen, eiserne Schwellen, Schrauben, Maschinenteile, Küchengeschirre, Blechgeräte, Nägel, Hacken, Schaufeln und Rohre. Zuverlässig feststellen läßt sich jedoch die Tatsache, daß schon in der letzten Zeit des Vorjahres und erst recht in den ersten Monaten 1924 das polnische Eisen vom rumänischen Markt immer mehr verdrängt worden ist. Von polnischer Seite wird dies selber auf den Mangel an Initiative und genügender Exportorganisation von Polens Handel und Industrie zurückgeführt. Der Hauptgrund dürfte zweifellos in den hohen Preisen der polnischen Industrieerzeugnisse zu suchen sein, welche die Weltmarktpreise schon längst überschritten haben. Nach dem Abschwellen des mit dem Frankſturz zusammenhängenden belgisch-französischen Dumpings dürfte Deutschland deshalb wieder um so bessere Aussichten in Rumänien haben. Zu erinnern ist hier vor allem an den starken Bedarf Rumäniens an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten. Allerdings gehört hier, wie übrigens auf dem Balkan überhaupt, zu einem erfolgreichen Geschäft die Errichtung von Konsignationslägern, in denen der rumänische Abnehmer sich nicht nur die ihm gefallenden Muster auswählen, sondern seinen tatsächlichen Bedarf auch unmittelbar eindecken kann. Beim Verkehr mit dem rumänischen Zwischenhandel ist trotz weitgehender, durch den starken ausländischen Wettbewerb gebotener Kulanz jedoch einige Vorsicht am Platze, da das Eintreiben von Außenständen oft auf größere Schwierigkeiten und Umstände stößt.

Verkehr.

↗ **Herabsetzung von Eisenbahnfrachtkosten für Oberschlesien.** Nach einer am 1. Juni in Kraft tretenden Verordnung gilt für Bahntransporte zwischen polnischen Stationen, die durch deutsches Gebiet getrennt sind (z. B. auf der Strecke von Posen nach Tarnowitz über Kreuzburg) der polnische Tarif mit einem Zuschlag für die deutsche Bahnstrecke nach dem (höheren) deutschen Tarif. Auf diese Weise ermäßigen sich die Transportkosten insbesondere im Verkehr mit Polnisch-Oberschlesien mit Großpolen und Pommerellen sowie namentlich für den Erztransport aus dem Wieluner Gebiet über Deutsch-Oberschlesien nach den polnisch-oberschlesischen Hütten, da bisher die Transportkosten für den polnischen ebenso wie den deutschen Teil der Strecke zusammen nach dem deutschen Tarif berechnet wurden.

↗ **Zur Frage der litauischen Eisenbahnbauten** wird uns aus Kowno berichtet, daß der von uns bereits mitgeteilte Beschluß des parlamentarischen Mehrheitsblocks, die Strecken Schaulen—Memel und Kazlu—Ruda—Tauroggen in diesem Jahre nicht mehr anzufangen und statt dessen über zwei andere Linien Erhebungen anzustellen, in den interessierten Wirtschaftskreisen zu scharfen Protesten an den Ministerpräsidenten geführt hat. Dieser beabsichtigt, wie verlautet, dem Sejm in der dritten Lesung des Etatsnachtrages ein Memorandum in der Bahnfrage zugehen zu lassen, da er diese als eine prinzipielle Frage ansieht. Voraussichtlich wird diese Angelegenheit eine Kabinettskrise zur Folge haben, falls der Mehrheitsblock sich nicht noch anders besinnen sollte.

Börse.

≠ **Warschauer Börse vom 4. 6. 24.** Devisen in üblichen Umsätzen. Franz. und belg. Frank stärker, schweizer Frank etwas schwächer. Effektenmarkt unlustig. Es notieren Bankwerte: Handlowy 7.75, Dyskontowy 5.25, Kredytowy 0.75, Handlowy Posen 3.40, Zachodni 2.25, Zw. Sp. Zarobk. 4.40; Industriewerte: Kijewski 0.29, Puls 0.40, Strem 14.50, Wildt 0.18, Zgierz 2.65, Siła i Swiatło 0.60, Chodorow 5.15, Czersk 0.75, Częstocice 2.70, Goslawice 1.75, Michalow 0.65, W. T. F. Cukru 4.00, Wysoka 3.50, W. T. K. Węgla 4.60, Nobel 1.45, Cegielski 0.67, Fitzner u. Gamper 7.00, Rau 0.70, Modrzejowski 6.50, Norblin 0.66, Ostrowieckie 7.00, Pocisk 1.65, Rudzki 1.55, Starachowice 1.75, Ursus 1.65, Zieleniewski 10.25, Zawiercie 32.00, Żyrardow 37.00, Haberbusch u. Schiele 6.60, Ćmielow 0.87.

≠ **Goldmünzen** bei der Bank Polski am 4. 6. 24: Rubel 266.66, Mark 123.45, Krone 105.01, Lat. Münzeinheit 100, Dollar 518.26, Pfund Sterling 25.22, Schwedenkrone 138.88, holl. Gulden 208.32, österr. Dukaten 11.85, belg. Dukaten 11.75, Floren 22.77, 1 Gr. Feingold 3.44.

≠ **Danziger Börse vom 4. 6. 24.** (Amtlich.) Warschau 110.72 bis 111.28, Zloty 111.72—112.28, Neuyork 5.7917—5.8208, London 25.00, Schweiz 101.65, Amsterdam 216.33—217.42, Kopenhagen 97.755—98.245, Berlin 137.904—138.596, Rentenmark 140.149 bis 140.851.

≠ **Berliner Börse** vom 4. Juni. (Amtlich.) Neuyork 4.19, Paris 21.55, Wien 5.89, Prag 12.245, Mailand 18.175, Brüssel 18.75, Schweiz 73.57, Helsingfors 10.42, Amsterdam 156.41, Christiania 56.36, Kopenhagen 70.57, Stockholm 110.72, Spanien 56.61, Tokio 1.665, Danzig 72.32, Belgrad 5.04.

≠ **Ostdevisen in Berlin** vom 3. Juni. Freiverkehr. (Kurse in Billionen Mark für je 10 Millionen polnische Mark, Warschau, Kattowitz und Polennoten für 100 Zloty, übrige je 100 Einheiten.) Auszahlung: Warschau 80.50 G., 78.50 B., Bukarest 1.74 G., 1.76 B., Riga —.— G., —.— B., Reval 1.07 G., 1.09 B., Kowno 40.59 G., 41.41 B., Athen —.— G., —.— B., Kattowitz 78,45 G., 80.45 B. — Noten: polnische 75.50 G., 79.50 B., lettische —.— G., —.— B., estnische 1.02 G., 1.08 Br., litauische 38.50 G., 40.50 B.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mkp. in Zloty:

Wertpapiere und Obligationen:	5. Juni	4. Juni
Bony Złote	—.—	0.75
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I.—II. Em. (exkl. Kup.)	2.75—2.50	3.00
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em. (exkl. Kup.)	4.50	4.75
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX. (exkl. Kupon)	—.—	3.40
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. (exkl. Kup.)	—.—	1.50
Bank Młynarzy I.—II. Em.	0.30	—.—
Industrieaktien:		
H. Cegielski I.—IX. Em.	0.65	—.—
Centrala Rolników I.—VII. (o. Kup.)	—.—	0.45
Centrala Skór I.—V. Em.	—.—	2.25
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	0.30—0.25	—.—
Goplana I.—III. Em. exkl. Kup.	1.70	1.85
C. Hartwig I.—VI. Em. o. Bezugsr.	0.50	0.50
Hurt. Związkowa I.—V. Em. o. Kup.	—.—	0.20
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	—.—	3.15
Dr. Roman May I.—IV. Em.	36	—.—
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	—.—	57—50
Płótno I.—III. Em.	0.40	0.40
Pozn. Spółka Drzewna I.—VII. Em. exkl. Kupon	1.00	1.05—0.95
Tri I.—III. Em.	—.—	4.00
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	5.55	5.75
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	—.—	10.00—9.00
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em. exkl. Kupon	0.40	0.40—0.35

Tendenz: unverändert.

≠ **Züricher Börse** vom 4. Juni. (Amtlich.) Neuyork 5.6875, London 24.85, Paris 29.30, Wien 79.75, Prag 16.65, Mailand 24.75, Brüssel 25.42, Helsingfors 14.02, Sofia 4.04, Amsterdam 212.00, Christiania 77.75, Kopenhagen 95.50, Stockholm 150.50, Madrid 77.75, Berlin 1.33, Belgrad 6.88, Athen 10.40, Budapest 65.00.

Warschauer Vorbörse vom 5. Juni.

(In Zloty)

Dollar 5.15—5.16. Englische Pfund 22.27. Schweizer Franken 90.30. Franz. Franken 26.10.

Warschauer Börse vom 4. Juni.

Devisen (in Zloty):

Belgien	—.—	Paris	22.70
Berlin	—.—	Prag	15.25
London	22.45	Schweiz	91.17½
Neuyork	5.18½—5.18	Wien	7.32
Holland	—.—	Italien	22.62½

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.